Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

01. Stadtratsprotokoll / 01e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 13. Januar 2021, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 13 janvier 2021 à 18h00

Ort: **Kongresshaus, Konzertsaal**

Lieu: **Palais des Congrès, salle de concert**

Anwesend / Présents:
Akamba Fréderica, Augsburger-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra, Halter Marisa, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Iseli Isabelle, Kilezi Ruth, Kohler Silja, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Morandi Marcel, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Rüber Stefan, Schaffter Gaël, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stolz Joseline, Strobel Gianna, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth,Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Trafelet Salome, van der Meer Marion, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):
Stocker Julien

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:
Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderat Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:
-

Vorsitz / Présidence:
Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:
Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées **Seite/Page**

1. Vereidigung 5
2. Genehmigung der Traktandenliste 7
3. Wahl des Büros des Stadtrates für Januar 2021 bis April 2022 7
   - Wahl des Stadtratspräsidenten / der Stadtratspräsidentin 7
   - Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin 8
   - Wahl von 2 Stimmenzählern / Stimmenzählerinnen 8
4. Wahl der Geschäftsprüfungskommission 9
   - Wahl der 7 Mitglieder 10
5. Dringliche Interpellation 20200250, Roth Myriam, Fraktion Grüne, «Solidarité femmes, ein solidarischer Betrag, der in der Luft hängt» 12
6. Überparteiliche Interpellation 20200025, Grupp Christoph, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Molina Franziska, EVP, Bord Pascal, PRR, «Praxis zur Einreichung von Härtefallgesuchen durch die Stadt Biel» 12
7. Dringliche Interpellation 20200186, De Maddalena Daniela, Grüne, «Zweimonatiger Platzverweis für mittellose Menschen auf dem Bahnhofplatz» 13
8. Überparteiliche Interpellation 20200068, Francescutto Luca, SVP, Hamdaoui Mohamed, CVP, «Biel, die Stadt der Low-Cost-Friseursalons» 14
9. Dringliche Interpellation 20200185, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Warum wird die einmalige kinematografische Sammlung William Piasio "entsorgt"?» 16
10. Dringliche Interpellation 20200289, Wächter Olivier, SVP, «Provisorischer Durchgangsplatz für Schweizer Fahrende in Biel» 16
11. Dringliche überparteiliche Interpellation 20200312, Tanner Anna, SP, Heiniger Peter, PdA, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Rebetez Maurice, PSR, Roth Myriam, Grüne, «Systematische Verspätungen der ESD bei der Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen» 17
4. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (Fortsetzung) 18
   - Wahl der 7 Mitglieder 18
   - Wahl der Präsidentin / des Präsidenten für Januar 2021 bis April 2022 18
   - Wahl der Vize-Präsidentin / des Vize-Präsidenten für Januar 2021 bis April 2022 19
12. Wahl der Spezialkommission Totalrevision der Stadtordnung (RSO) 19
   - Wahl der 9 Mitglieder 19
   - Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten 20
13. Wahl der Schulkommissionen 21
   - Wahl der französischen Schulkommission 21
14. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20210020, Stefan Rüber, Fraktion Grüne, «Folgen der Covid-19-Pandemie für den Arbeitsmarkt abfedern» 22
15. Wahl der Kommission A5 22
   - Wahl der 9 Mitglieder 22
   - Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten 23
13. Wahl der Schulkommissionen (Fortsetzung) 24
   - Wahl der französischen Schulkommission 24
16. Dringliche Interpellation 20200313, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Erweiterte und beheizte Terrassen auch in der kalten Jahreszeit?» 24
17. Überparteiliche Interpellation 20200191, Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!, Grupp Christoph, Fraktion Grüne, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, «Einbürgerungsquote in Biel» 25

15. Wahl der Kommission A5 (Fortsetzung) 26
- Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten 26

18. Wahl der interkommunalen Kommission AGGLOlac 27
- Wahl der 4 Bieler Mitglieder 27
- Wahl des Vize-Präsidiums 27

13. Wahl der Schulkommissionen (Fortsetzung) 28
- Wahl der deutschen Schulkommission 28

19. 20200298 Zuteilung der Direktionen für die Legislaturperiode 2021 – 2024 an die Mitglieder des Gemeinderates / Regelung der Stellvertretung 28

20. 20200327 Wahl des Beauftragten für Datenschutz Legislatur 2021 – 2024 und Nachkredit IT-Audit 38

21. Motion 20190175, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Sprenger Titus, Passerelle, «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5» 39

Loderer Benedikt, Präsident gemäss Artikel 1 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates: Ich begrüsse Sie zum Start der Legislatur 2021 - 2024. Auf den Tischen liegt der Änderungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen betreffend Zuteilung der Direktionen und ein Willkommensgruss in Form einer Süssigkeit.

Zu meiner Rechten begrüsse ich die Regierungstatthalterin Romi Stebler, welche die Vereidigung übernehmen wird.

Nun zur Altersrede: von einem Alterspräsidenten wird Altersweisheit oder wenigstens Altersmilde erwartet. Er soll zur Toleranz und gegenseitiger Achtung aufrufen und betonen, dass über den politischen Differenzen das Wohl der Stadt stehe. Anfügen wird er, dass auch der politische Gegner ein Mensch sei und ihm darum mit Nachsicht und Verständnis zu begegnen ist. Kurz: der zehnminütige Ratspräsident hat den Frieden zu fördern und das Lied der Verständigung zu singen, und daran will ich mich halten. Mit aller staatsmännischer Gravität, die mir dieses Amt verleiht, fordere ich Sie auf, in den nächsten vier Jahren in diesem Parlament das Zuhören zu üben, die gegnerische Meinung zu respektieren und das Argument höher zu gewichten als die vorgefasste Meinung. Zusammenfassend: alles zu tun, was die Stadt Biel fördert und alles zu unterlassen, was sie beeinträchtigt. Damit ist dem alten Brauche Genüge getan und ich erlaube mir zu sagen, was mir wichtig ist.

Les femmes constituent la moitié de ce nouveau Conseil de ville. Dans quel autre Parlement suisse la force féminine est-elle aussi puissante? Conclusion: Bienne est évidemment la Ville du futur. Plus qu'un tiers d'entre vous est nouveau dans ce Conseil de ville, soyez les bienvenu-e-s! Il se peut que certains ou certaines d'entre vous éprouvent un brin de peur et se demandent: suis-je à la hauteur de ce nouveau défi? Je peux les rassurer: qui est élu est aussi capable de remplir ce rôle. La démocratie directe rend aux représentant-e-s du peuple la sagesse et la raison. Encore et toujours, nous travaillons dans le meilleur Parlement possible.

Zuweilen allerdings befallen mich Zweifel. Wir sind gefangen im Hamsterrad des Rituals. Sitzung nach Sitzung behandeln wir ein Geschäft nach dem anderen und haben immer einen stattlichen Vorrat an Traktanden, die wir Schritt für Schritt abarbeiten. Unser Reden und Entscheiden wälzt sich von der Interpellation zum Postulat und gipfelt in einer Motion. Wir schaffen Mehrheiten und bewegen uns vom «Sieglein» zum «Niederlägli», sorgfältig und langfädig. Das Parlament erfüllt seine Pflicht. Wir Diener des Rituals arbeiten gewissenhaft, da wir wissen: ohne Geschäftsordnung bricht die Willkür aus, ein Parlament ohne Ritual ist eine Vollversammlung, wer brüllt, kriegt recht. Wir hingegen sind Volksvertreter, im Parlament spiegelt sich des Volkes Wille, er ist so vielgestaltig wie unsere Zusammensetzung. Das Volk ist weder einig noch einheitlich. Wir sind seine mehrfach gebrochene Stimme. Doch wir sind «Ab-Arbeiter». Dafür sind wir gewählt worden. Nur dafür? Was dieses Parlament *nicht* tut, wird kaum wahrgenommen. Nur was auf der Traktandenliste ist, ist. Doch die Unterlassungssünden sind die Schlimmsten. Der Stadtrat von Biel kümmert sich kaum um die Zukunft der Stadt. Warum? Weil erstens das Ritual die Zukunft verdrängt und weil wir uns zweitens keine Zukunft vorstellen können oder wollen. Biel ist in Ordnung - ein anderes Biel können wir uns gar nicht vorstellen. Eigentlich glauben wir an die Zukunft, wie sie war. Leider wird sie anders sein. Dieses Parlament, das «Legislative» heisst, gesetzgebend, will sich mit der Zukunft nur defensiv beschäftigen. Wir gestalten nicht, wir wehren ab. Die Zukunft überlassen wir dem Gemeinderat - der soll sie finden. Das gesetzgebende Parlament verzichtet aus Arbeitsüberlastung und Mangel an Vorstellungskraft auf sein nobelstes Recht: Gesetzgebung. Ich übersetze: auf die Gestaltung der Zukunft. Wir machen nur die halbe Arbeit, die aber blähen wir auf. Ich behaupte mal kühn, die Hälfte der

Vorstösse in diesem Parlement sind weder dringend noch nötig. Ich überlasse es Ihnen, abzuwägen, welche Hälfte.... Ich weiss aber auch, dass sie alle - ohne jede Ausnahme - Biels Zukunft entscheiden.

Nous sommes tous et toutes affilié-es à un parti. Nous portons tous et toutes une couleur. Moi, par exemple, je suis vert, même un peu vert pomme avec une touche de bleu, et malheureusement pas assez rouge, ce qui ternit ma couleur et me rend difficile de n'être que vert! Je déplore chaque membre qui n'a qu'une seule couleur car les monochromes se confinent eux-mêmes et limitent leur pensée. Si les nobles paroles de mon introduction ont un sens, alors c'est celui-ci. Nous avons besoin d'un plus grand nombre de dissidents. Le déviationniste est le vrai Conseiller de ville, car il obéit à sa conviction panachée. Où siégez-vous, les multicolores?

Zum Schluss noch eine literarische Bemerkung. Ich habe als mitbewegter Beobachter festgestellt, dass dieses Parlament sehr erwachsen ist. Alles, was hier gesagt wird, ist seriös geredet und ernst gemeint. Witze dürfen gemacht werden, aber bitte keine doppeldeutigen. Ironie versteht das hohe Haus nicht. Der Stadtrat von Biel ist eine ironiefreie Zone - leider. Etwas mehr Selbstzweifel würden ihm und seinen Mitgliedern gut tun. Ich wünsche Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine ertragreiche Legislatur und hoffe, sie werden zum Wohl der Stadt Biel beitragen. Ewig sollen die gekreuzten Beile uns voran leuchten! (Applaus)

1. Vereidigung

Regierungsstatthalterin: Als Vertreterin der Kantonsregierung freue ich mich, hier zu sein und gratuliere Ihnen allen herzlich zur Wahl. Als neugewählte Stadträtinnen und Stadträte finden Sie die Regelung Ihrer Zuständigkeiten und Kompetenzen in Art. 39 ff der Stadtordnung von Biel (SGR 101-1). Sie haben, wie alle Organe der Stadt Biel, die Rechtsordnung zu respektieren und sich nach Treu und Glauben zu verhalten. Je vous souhaite beaucoup de plaisir et de satisfaction dans votre tâche au service de la population de la ville de Bienne. Ich bin mir sicher, es liegen, mit Blick auf die momentane Lage und die ungewisse Zukunft, vier interessante, herausfordernde und zeitweise auch nervenaufreibende Jahre mit schwierigen Entscheidungen vor Ihnen. Je vous souhaite beaucoup de courage pour ce mandat. Die bernische Gemeindegesetzgebung sieht schon seit längerem keine Vereidigung der Gemeindepolitikerinnen und -politiker mehr vor. Aufgrund Art. 2 der Geschäftsordnung des Bieler Stadtrats (SGR 151-1) stehe ich heute trotzdem vor Ihnen, was mich natürlich sehr freut. Ob es in vier Jahren wiederum zu einer solchen Vereidigung kommt, liegt nun in Ihren Händen, da sowohl die Geschäfts- als auch Stadtordnung der Stadt Biel in dieser Legislatur totalrevidiert werden.

Wir kommen nun zum eigentlichen Akt der Vereidigung. Nur die neugewählten Stadtratsmitglieder müssen vereidigt werden. Seuls les nouveaux élus doivent prêter sermon. Es besteht die Möglichkeit, einen Eid oder ein Gelübde abzulegen, beide sind gleichwertig. Der Eid erfolgt vor Gott. Vous avez la possibilité de jurer ou de promettre. Si vous jurez, c’est devant Dieu. Les deux formes ont la même valeur. Ich werde zuerst den Text der Vereidigung auf Deutsch und danach auf Französisch vorlesen und anschliessend die neu zu vereidigenden Mitglieder namentlich aufrufen. Je vais tout d’abord lire le texte en allemand et après en français, ensuite j’appellerai chaque personne nouvellement élue par son nom.

Ich zitiere Art. 113 der alten Verfassung des Kantons Bern vom 4. Juni 1893: «*Ich gelobe und schwöre: die Rechte und Freiheiten des Volkes und der Bürger zu achten, die Verfassung und die verfassungsmässigen Gesetze streng zu befolgen und die Pflichten meines Amtes getreu und gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.»,* oder für diejenigen, die nicht vor Gott schwören wollen: «*Ich gelobe auf meine Ehre und mein Gewissen, die Rechte und Freiheiten des Volkes und der Bürger zu achten, die Verfassung und die verfassungsmässigen Gesetze streng zu befolgen und die Pflichten meines Amtes getreu zu erfüllen.»*

Je cite l'article 113 de l'ancienne Constitution du Canton de Berne du 4 juin 1893: «*Je promets et je jure de respecter les droits et les libertés du peuple et des citoyens, d'observer strictement la Constitution et les lois constitutionnelles et de remplir fidèlement et consciencieusement les devoirs de ma charge, aussi vrai que Dieu m'assiste.»,* ou la promesse pour ceux qui ne souhaite pas jurer devant Dieu: «*Je promets sur mon honneur et ma conscience de respecter les droits et les libertés du peuple et des citoyens, d'observer strictement la Constitution et les lois constitutionnelles et de remplir fidèlement les devoirs de ma charge».*

Ich bitte nun, folgende Mitglieder des Stadtrates nach vorne zu treten und zu schwören oder zu geloben. Wer schwört, hat die drei Schwurfinger der rechten Hand zu erheben. Je vous prie de venir à l'appel de votre nom et de jurer en levant les trois doigts de la main droite ou de promettre.

1968 wurde in Biel auf kommunaler Ebene das Frauenstimmrecht eingeführt. 1971 durften die Frauen auf kantonaler Ebene erstmals wählen. Im Jubiläumsjahr des Frauenstimmrechts und als Frau erlaube ich mir daher, zuerst die neugewählten Frauen aufzurufen.

- Fréderica Akamba Meke
- Manon Cuixeres
- Marisa Halter
- Isabelle Iseli Isabelle
- Ruth Kilezi
- Silja Kohler
- Caroline Lehmann
- Kathleen Liechti
- Marie Moeschler
- Nina Schlup
- Gianna Strobel
- Ariane Tonon
- Salome Trafelet
- Marion van der Meer
- Naomi Vouillamoz
- Marcel Morandi
- Gaël Schaffter
- Jürg Scherrer

Ich danke Ihnen vielmals. Sie können nun Ihr Amt rechtmässig ausüben. Je vous remercie cordialement. Dès à présent, vous pouvez exercer légitimement votre mandat.

2. Genehmigung der Traktandenliste

Loderer Benedikt, Präsident gemäss Artikel 1 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates: Ich schlage vor, das Traktandum "Dringliches Postulat 20200181, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Längholzwald 2»" nach hinten zu verschieben, damit Frau Clauss zuerst ihrem Amt als Stimmenzählerin nachkommen kann.

Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung genehmigt.

3. Wahl des Büros des Stadtrates für Januar 2021 bis April 2022

Loderer Benedikt, Präsident gemäss Artikel 1 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates: Gemäss Art. 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) ist die Zusammensetzung des Stadtratsbüros alle 16 Monate neu zu wählen.

Wahl des Stadtratspräsidenten / der Stadtratspräsidentin

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO schlägt Salome Strobel als neue Stadtratspräsidentin vor und bittet Sie, ihre Kandidatur zu unterstützen. Wer sie kennt, weiss, dass sie eine der erfahrensten Politikerinnen im Stadtrat ist; sie sitzt seit 12 Jahren im Stadtrat, war lange Mitglied der GPK und auch deren Präsidentin. Sie hat mehrere Wahlkämpfe geleitet, war Parteipräsidentin und Gemeinderatskandidatin und ist seit mehreren Jahren Mitglied des Stadtratsbüros. Es gibt nur noch eine Funktion, welche sie nicht innehatte: das Amt der Stadtratspräsidentin, für welches sie sich ganz hervorragend eignet. Ihre grosse Erfahrung ist die beste Voraussetzung für das Amt der höchsten Bielerin und sie kennt die Abläufe vor und hinter den Kulissen. Mit ihrer lösungsorientierten Art wird sie im Stadtrat, bei Meinungsverschiedenheiten über formale Abläufe, gute und nachvollziehbare Entscheide treffen. Sie leitet effizient, strukturiert und offen. Wer bereits in der letzten Legislatur dem Stadtrat beiwohnte, konnte ihre Leitungsqualitäten kennenlernen. Es war keine einfache Aufgabe, eine Stadtratssitzung kurzfristig zu übernehmen und 59 «Alphatiere» zu leiten. Obwohl sie keine Erfahrung hatte, hat sie dies souverän gemeistert und die Fraktion SP/JUSO ist stolz, eine solch qualifizierte Kandidatin vorschlagen zu können.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion SP/JUSO wird gewählt:

Salome Strobel (SP)

Wahl des 1.Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR présente, à la première vice-présidence, le deuxième vice-président de la dernière législature, Pascal Bord. Il peut tout à fait assumer cette charge, comme nous avons pu le constater durant la législature passée. En tant que membre du Bureau du Conseil de ville, il a présenté certaines affaires devant cet hémicycle. Nous avons pleine confiance en lui en tant que premier vice-président et nous vous remercions de le soutenir.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion PRR wird gewählt:

Pascal Bord (PRR)

Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Le Groupe Les Verts vous propose Ariane Tonon à la deuxième présidence du Conseil de ville. Professionnellement active dans l'enseignement obligatoire et post-obligatoire puis dans la formation des enseignants et enseignantes, elle dispose également d'une grande et longue expérience politique. Après avoir occupé des sièges dans différentes commissions scolaires et culturelles au niveau local et cantonal, elle intègre une première fois le Conseil de ville de 2007 à 2011, où elle fait partie du Groupe culturel. Elle est membre du Conseil des affaires francophones (CAF) depuis 2012, successivement dans la commission de la formation, puis de la culture ainsi que membre du Bureau du CAF, mais aussi représentante du Canton dans la Commission intercantonale de littérature. Elle dispose des compétences nécessaires à ce poste. Je vous remercie pour votre soutien.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion Grüne wird gewählt:

Ariane Tonon (Les Verts)

Wahl von 2 Stimmenzählern / Stimmenzählerinnen

Loderer Benedikt, Präsident gemäss Artikel 1 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates: Vorgeschlagen sind die beiden amtierenden Stimmenzählenden, Susanne Clauss, SP und Hugo Rindlisbacher, DE.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktionen SP/JUSO und SVP/DE werden gewählt:

Susanne Clauss (SP)
Hugo Rindlisbacher (DE)

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ja, es ist ein Herzschlagmoment, ich muss mich kurz fassen. Ich danke Ihnen für die Wahl zur Stadtratspräsidentin, eine grosse Ehre für mich, diesem Rat die nächsten 16 Monate vorzustehen. Zugegeben, es war nie mein politisches Ziel und für mich eine spezielle Herausforderung, da ich das Rampenlicht nicht suche und die Arbeit in den Kommissionen im Hintergrund eher «mein Ding» ist. Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen an meine erste Rede im Stadtrat, im Provisorium der Neumarktturnhalle. Die Nacht vorher ohne Schlaf und dann war es soweit: mit zitternden Knien habe ich mich ans Rednerpult geschleppt und habe kaum ein Wort über die Lippen gebracht. Es war offensichtlich, dass mir das Reden vor Publikum nicht leicht fiel. Eine meiner Fraktionskolleginnen befürchtete sogar, mich wiederbeleben zu müssen, hätte ich noch länger geredet. Wir befinden uns

wieder in einem Provisorium und ich hoffe, sie müssen mich nach der Sitzung nicht wiederbeleben... Viel lieber hätte ich die erste Sitzung im Stadtratssaal abgehalten und im Anschluss an die Sitzung auf das neue Amtsjahr angestossen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dieses Jahr wieder in den Stadtratssaal zurückkehren zu können und dann werden wir dies mit einem Apéro feiern. Trotzdem wollten wir Ihnen den Legislaturstart mit einer kleinen Zuckerdosis auf den Pulten versüssen. Aus verschiedenen Gründen wäre mir der Ratssaal lieber gewesen. Meine Sicht ist nicht die Beste und dieser CTS Konzertsaal fordert mich heraus. Ich bitte Sie deshalb um Geduld und um deutliche Zeichen, sollten Sie das Wort ergreifen wollen. Auch die aufgrund der Pandemie vorgeschriebenen Distanzen sind eine Herausforderung für unser Parlament und dessen Zusammenhalt.

Die Verabschiedung der abtretenden Satadtratsmitglieder im Dezember zeigte, dass die gegenseitige Achtung und Respekt über die Parteigrenzen hinaus gehen. Dass ist notwendig, damit wir unsere Aufgaben motiviert ausführen können, sind wir doch alle «Milizler», welche viel Freizeit in unser Hobby investieren. Aus diesem Grund bitte ich Sie, persönliche Differenzen nicht am Rednerpult auszutragen; bei einem Glas Wein oder einem Kaffee lassen die sich besser bereinigen. Ich habe es immer geschätzt, wenn die Debatten sachlich geführt wurden. In der Sache darf es verschiedene Meinungen geben, die Emotionen dürfen spürbar und das Engagement ersichtlich sein. Aber am Ende der Sitzung sollten wir uns immer noch in die Augen schauen können, denn wir sind keine Feinde, sondern einfach unterschiedlicher Meinung in der Sache. Wir teilen alle ein Ziel: die Stadt Biel vorwärts zu bewegen zu einer Stadt, in der wir uns wohl fühlen und in der es uns gut geht. Und zum Schluss: es liegt mir viel an einem effizienten Ratsbetrieb. Es ist ermüdend, wenn am Rednerpult der Bericht des Gemeinderats noch einmal vorgetragen wird oder die Argumente der Vorredne*innen mehrmals wiederholt werden. Meine Ungeduld könnte dazu führen, dass ich in diesen Fällen eine Redezeitbeschränkung oder eine Redner*innenliste einführe. Jedoch verlasse ich mich auf Ihr Urteilsvermögen, ob ein Votum etwas Neues zu einem Sachverhalt beiträgt oder nicht.

Da es pandemiebedingt schwierig ist, die Pausen zu überbrücken, werde ich während den Auszählungen der Wahlzettel die Zeit zur Behandlung der traktandierten Vorstösse nutzen.

Bezüglich der Sitzordnung noch eine Anmerkung: das Ratssekretariat hat diese möglichst pragmatisch vorgenommen. Sollte jedoch jemand seinen Sitzplatz ändern wollen, bitte ich Sie, dies untereinander zu klären und allfällige Änderungen der Ratssekretärin zu melden. Der Plan des Stadtratssaals dient momentan nur als provisorisches Hilfsmittel.

4. Wahl der Geschäftsprüfungskommission

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir kommen zur Wahl der Geschäftsprüfungskommission. Zuerst wählen wir die Mitglieder, danach das Präsidium und das Vize-Präsidium. Die Kommission hat sieben Sitze, zu denen acht Wahlvorschläge eingegangen sind. Wahlzettel mit mehr als sieben Wahlvorschlägen sind ungültig. Die Stimmenzähler*innen werden die Wahlzettel austeilen, währenddem die Fraktionspräsidien die Kandidat*innen vorstellen.

Wahl der 7 Mitglieder

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP:
Die Rückmeldungen der Kommissionsmitglieder, Verwaltungsmitarbeitenden und Gemeinderatsmitglieder zeigen, dass Frau Wendling als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) eine präzise, fachlich einwandfreie und umfassende Arbeit geleistet hat. Als Sprecherin der GPK stellte sie dies wiederholt unter Beweis. Aus diesem Grund ist es für uns wichtig, dass sie wieder gewählt wird. Richtigerweise weisen die Fraktionen Einfach libres! und Grünliberalen darauf hin, dass sie keinen Zugang zu internen Informationen der GPK haben, da ja ein Kommissionsgeheimnis besteht. Zudem fehlen ihnen viele weitere Informationen, da diese beiden Fraktionen auch keine Gemeinderatsmitglieder stellen. Wenn sie aber die Gemeindermitglieder bei Fragen frühzeitig bzw. vor der GPK-Sitzung kontaktieren, so werden sie auch Antworten erhalten. Liebe Stadtratsmitglieder, Sie haben nun zu wählen zwischen der guten und seriösen Arbeit von Frau Wendling und dem Bedürfnis zweier Fraktionen nach Information, welche auch über andere Kanäle eingeholt werden kann. Grundsätzlich sollte Ihnen aber die Qualität wichtiger sein.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Hier und heute beginnt eine neue Legislatur und die politische Ausgangslage ist neu. Die Kommissionswahlen finden jetzt statt, um dem Wahlresultat für die neue Legislatur Rechnung tragen zu können. Für uns sind die Kommissionen ein Abbild des Stadtrates und von dessen politischen Verhältnissen. Verändern sich diese, so muss das auch in der Zusammensetzung der Kommissionen ersichtlich sein. Unsere Fraktion GLP+ steht für das politische Zentrum; mit ihren sieben Mitgliedern ist sie die viertgrösste Fraktion des Stadtrats. In der stadträtlichen Arbeit hat die GPK einen hohen Stellenwert bzw. sie ist die wichtigste Kommission des Stadtrats. Da sie die Aufsicht über die Stadtverwaltung und den Gemeinderat hat, ist es für uns unerlässlich, dass alle politischen Strömungen in der Kommission vertreten sind, vor allem jedoch jene, welche keine Gemeinderatsmitglieder stellen und vielleicht auch dank dieser Unabhängigkeit ungebundener und freier auftreten können. Unserer Ansicht nach ist es für die Arbeit der GPK zentral, dass alle politischen Kräfte des Stadtrats eingebunden sind. Unsere Fraktion schlägt Ihnen Sandra Gurtner-Oesch zur Wahl als Mitglied der GPK vor. Als Betriebsökonomin und Geschäftsführerin verfügt sie über Erfahrung in der Privatwirtschaft. Sie ist ein bisheriges erfahrenes Mitglied der GPK und hat ihre Arbeit gewissenhaft erledigt. Aus diesem Grund bitten wir Sie um Unterstützung ihrer Wahl in die GPK.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Wir sind heute hier in einer neuen Zusammensetzung. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die neuen Mehrheiten, welche den Volkswillen abbilden, auch in den Kommissionen - insbesondere in der GPK - wiedergespiegelt werden müssen. Die «Ratslinke» hat dementsprechend Anspruch auf vier Sitze und die «Bürgerlichen» auf deren drei. Leider konnten sich die Bürgerlichen vorgängig nicht auf drei Wahlvorschläge für die drei Sitze einigen. Deshalb appelliere ich nochmals an Sie: sprechen Sie miteinander und einigen Sie sich auf drei Vorschläge, damit am Ende nicht ein Zufallsentscheid getroffen wird. Unsere Fraktion schlägt Anna Tanner zur Wahl vor. Sie ist seit 16 Monaten Mitglied der GPK, hat gute Arbeit geleistet und ist bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Wir bitten Sie deshalb um Unterstützung bei ihrer Wahl in die GPK.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Die GPK ist eine ständige Kommission des Stadtrates und sollte als gewichtige Kommission die Vielfalt des Stadtrats abbilden. Alle Kandidaturen sind für dieses Amt geeignet und haben die Qualifikation, dieses Amt auszuüben. Wir teilen die Meinung meines Vorredners: wir haben eine linke Mehrheit im Rat und deren Anspruch auf vier Sitze ist legitim. Wir schlagen Titus Sprenger zur

Wahl vor. Er ist ein sehr dossiergenauer Zeitgenosse, geht ins Detail und will genau informiert sein. Dies auch in der Fraktion und in seinen Voten. Beim Gemeinderat hakt er nach, bis seine Fragen beantwortet sind - genau wie es mein Ratskollege Herr Cadetg empfohlen hat. Dessen Unterstellung aber, dass GPK-Mitglieder, welche keinen Gemeinderat stellen, mit der Einholung von Informationen das Kommissionsgeheimnis verletzen könnten, geht mir zu weit. Wir empfehlen Ihnen Herrn Sprenger zur Wahl, er ist sehr qualifiziert, genau wie die anderen Kandidaturen auch.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR présente Natasha Pittet. Je pense qu'il est inutile de rappeler les années d'expérience et de succès de Madame Pittet dans cette commission. La gauche revendique davantage de sièges, mais cela ne doit pas se faire au détriment des romands. Il est indispensable d'avoir un romand ou une romande de droite également à la Commission de gestion. Je vous remercie de soutenir la candidature de Madame Pittet.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen schlägt Ihnen Joël Zumstein zur Wahl als Mitglied der GPK vor. Seit einem Jahr gehört er der Kommission bereits an und zeichnet sich durch sein sachliches und analytisches Vorgehen aus. Er arbeitet pflichtbewusst und mit viel Engagement. Als grösste bürgerliche Fraktion steht uns ein Sitz in der Kommission zu und wir bitten Sie, Herrn Zumstein wiederzuwählen.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Le Groupe Les Verts vous propose d'élire Urs Scheuss. Il siège depuis 2015 au Conseil de ville. Il souhaite apporter son expérience mais aussi ses connaissances à la Commission de gestion. Faisant partie des motionnaires qui militent en faveur d'un système de contrôle interne, il souhaite que celui-ci soit enfin mis en place. Pour terminer, il est titulaire d'un diplôme de «public management». C'est une personne engagée et très compétente. Je vous remercie de soutenir sa candidature.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a l'avantage de vous proposer d'élire Isabelle Torriani-Latscha. Francophone, elle siège au Conseil de ville depuis 2017. Pointue et pertinente dans ses réflexions. C'est une personne discrète mais efficace, tout en ayant un très bon esprit de synthèse. Égale à elle-même, il est très agréable de travailler et de collaborer avec elle. Nous vous recommandons vivement d'élire Madame Torriani-Latscha en tant que membre de la Commission de gestion (CDG).

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Durant mon bref passage à la CDG, que j'ai décidé de quitter car j'ai emprunté d'autres chemins, j'ai eu l'occasion de constater à quel point les personnes qui se représentent pour ce poste sont compétentes au nivau «fachlich», comme on dit en allemand, sans esprit partisan Je vous propose donc d'élire à nouveau ces personnes car cela serait dommage de se priver de telles compétences. Dans un tel organe, il me semble indispensable, qu'il y ait au moins deux francophones au minimum. De plus, je partage entièrement l'avis de Monsieur Cadetg: il est indispensable que les membres de la CDG puissent avoir un relais direct au sein du Conseil municipal. Faites votre calcul, mais pour moi il est vite fait!

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Da wir mehr Kandidaturen als Sitze haben, erfolgt die Wahl geheim. Die Wahlzettel wurden von den Stimmenzählenden verteilt und Stimmzettel, welche mehr als sieben Namen enthalten, sind ungültig. Die Stimmzettel sind nicht vorgedruckt und müssen selbst ausgefüllt werden. Während der Ermittlung der Resultate werden wir wie angekündigt die Vorstösse gemäss Traktandenliste behandeln.

5. Dringliche Interpellation 20200250, Roth Myriam, Fraktion Grüne, «Solidarité femmes, ein solidarischer Betrag, der in der Luft hängt»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Je suis satisfaite de la réponse du Conseil municipal. Je souhaite cependant rappeler que, s'agissant d'une thématique très taboue, il est préférable de contacter directement les institutions concernées et les personnes qualifiées dans le domaine des cas de violence domestique. Je serais vraiment reconnaissante qu'à l'avenir, ce genre de démarches soit faite en amont afin que les personnes n'apprennent pas ce qui a été décidé seulement après coup.

6. Überparteiliche Interpellation 20200025, Grupp Christoph, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Molina Franziska, EVP, Bord Pascal, PRR, «Praxis zur Einreichung von Härtefallgesuchen durch die Stadt Biel»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Die Interpellantinnen sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Wie der gemeinderätlichen Beantwortung des Vorstosses zu entnehmen ist, bestehen zwei gesetzlich mögliche Härtefallgesuche: eines nach Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG; SR 142.20) und das andere nach Asylgesetz (AsylG; SR 142.31). Da wohl nicht allen bekannt ist, wer nach welchem Gesetz beurteilt wird, erkläre ich dies kurz: wer eine Bewilligung F hat, gilt als vorläufig in der Schweiz aufgenommen und kann gemäss Art. 84 Abs. 5 AIG erst nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz ein Härtefallgesuch stellen. Personen mit Bewilligung N gelten als Asysuchende. Abgewiesene Asylsuchende werden wie «Sans papiers» behandelt und haben keinen Aufenthaltsstatus. Härtefallgesuche dieser beiden Kategorien werden gemäss Art. 14 Abs. 2 AsylG behandelt, welcher besagt: «*Der Kanton kann mit Zustimmung des Staatssekretariats für Migration (SEM) einer ihm nach diesem Gesetz zugewiesenen Person eine Aufenthaltsbewilligung erteilen, wenn*

a) die betroffene Person sich seit Einreichung des Asylgesuchs mindestens fünf Jahre in der Schweiz aufgehalten hat,
b) der Aufenthaltsort den Behörden bekannt war und
c) wegen der fortgeschrittenen Integration ein schwerwiegender persönlicher Härtefall vorliegt und
d) keine Widerrufsgründe gemäss Art. 62 Abs. 1 des Ausländer- und Integrationsgesetzes vom 16.12.2005 vorliegen.»

Art. 62 Abs. 3 AsylG besagt ausserdem: *«Will der Kanton von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, so meldet er dies dem SEM unverzüglich.» Art. 84 Abs. 5 AIG sagt: «Gesuche um Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung von vorläufig aufgenommenen Ausländer*innen, die sich seit mehr als fünf Jahren in der Schweiz aufhalten, werden unter Berücksichtigung der Integration der familiären Verhältnisse und der Zumutbarkeit einer Rückkehr in den Herkunftsstaat vertieft geprüft.»* Diese Grundlagen zeigen, dass die Anforderungen je nach Aufenthaltsstatus einer Person unterschiedlich

sind. In jedem Fall verfügt die Migrationsbehörde aber über einen Ermessensspielraum bei der Beurteilung, ob ein Härtefall vorliegt oder nicht. In der Stadt Biel wurden in den Jahren 2015 - 2019 insgesamt 184 Gesuche gestellt, dieam häufigsten vorläufig Aufgenommene nach Art. 85 AIG betrafen. 134 dieser Gesuche wurden an das SEM weitergeleitet. Gesuche von «Sans papiers» und Personen im Asylverfahren wurden nur sehr selten gestellt, wie der Beantwortung des Gemeinderats zu entnehmen ist. Jedoch sollten wir eigentlich genau bei diesen Gesuchen «über die Bücher gehen», insbesondere wenn es sich um Familien mit Kindern handelt, welche sich seit mehreren Jahren hier befinden und deren Ausreise ganz klar nicht angezeigt ist. Die Eltern würden gerne arbeiten, haben aber keine Arbeitsbewilligung oder arbeiten gezwungenermassen «schwarz». Die Kosten dieses Systems und die Wohncontainer in Bözingen sind um einiges teurer als wenn pragmatisch andere Lösungen angestrebt würden. Die Kinder sind die Opfer, ihre Rechte werden mit Füssen getreten. Die Politik hat ein System mit vielen unerwünschten Nebenwirkungen erschaffen. Eine Migrationsbehörde kann auch Härtefallgesuche für abgewiesene Personen stellen; die Stadt Bern leitete mehrere 100 Gesuche pro Jahr an das SEM weiter, und diese wurden mehrheitlich gutgeheissen. Die Stadt Biel erfüllt zwar gemäss Beantwortung der Interpellation ihre Aufgaben als Migrationsbehörde, doch im Bezug auf Gesuche von «Sans papiers» und abgewiesenen Personen könnte sie mehr Engagement zeigen. Ihre Leistung ist mehr als ungenügend. Ich bin zwar von der Antwort befriedigt, nicht aber von der Situation.

7. Dringliche Interpellation 20200186, De Maddalena Daniela, Grüne, «Zweimonatiger Platzverweis für mittellose Menschen auf dem Bahnhofplatz»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Dass Menschen aus Randgruppen unserer Gesellschaft vom Bahnhofplatz weggewiesen wurden, ist speziell zu Corona-Zeiten problematisch. Sie haben am Bahnhofplatz eine Art Heimat gefunden. Verständlicherweise ist es für andere Benutzer*innen des Platzes nicht angenehm, sich mit deren augenfälligen Armut und Elend täglich konfrontiert zu sehen. Dass sie sich jedoch durch sie bedroht fühlen, kann ich nur bedingt nachvollziehen. Einverstanden, sie sind manchmal laut, sogar unflätig, aber eigentlich nur gegenüber ihresgleichen. In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat, dass es nicht toleriert werden kann, wenn Einzelpersonen oder Gruppen von Menschen andere Passant*innen wiederholt einschüchtern oder sogar belästigen und dadurch die ordentliche Nutzung des öffentlichen Raums für die übrigen Nutzer*innen über Gebühr einschränken. Ich weiss nicht, weshalb sich andere Benutzer*innen des Bahnhoplatzes eingeschränkt fühlen sollten durch ein paar Personen, denen es nicht gut geht. Vielleicht ist es die pure Konfrontation mit dieser Armut und dem Elend? Um die Frage einmal von einer anderen Seite zu beleuchten und zu zeigen, dass hier mit anderen Ellen gemessen wird, möchte ich einen Vergleich mit den «Autoposern» herstellen, die mit ihren Boliden laut «röhrend» und mit übersetzter Geschwindigkeit vor dem Bahnhof durchfahren. Diese belästigen mich und bedrohen mich gesundheitlich viel mehr, aber werden sie deshalb weggewiesen? Die Antworten vom Gemeinderat sind für mich Allgemeinplätze und haben nicht viel mit den von mir angesprochenen Ereignissen in Zeiten der ersten Corona-Welle zu tun, weshalb ich von der Antwort nicht befriedigt bin.

Francescutto Luca, UDC: Depuis des années, la place de la Gare de Bienne fait parler d'elle! Combien de fois, les voyageurs sortant ou entrant dans la gare se plaignent de l'image que cette scène donne à notre Ville? Imaginez des touristes, comme il y en a souvent, qui se retrouvent en sortant de la Gare nez à nez avec des personnes totalement avinées. Belle image de la Ville de Bienne - la Cité de l'avenir, il paraît! Veuillez demander une fois aux chauffeurs de taxis ce qu'ils pensent de la place de la Gare. Bientôt, ils ne pourront plus y stationner. Mais ce n'est pas grave, car la Ville de Bienne préfère y voir des alcooliques ou d'autres personnes belliqueuses plutôt que des personnes essayant de gagner leur vie. Madame de Maddalena, je vous propose de vous assoir sur un banc de la place de la Gare et de vous occuper de ces gens. Je ne pense pas que vous tiendrez plus qu'une journée. Peut-être aurez-vous plaisir de les accompagner jusqu'aux colonnes du bâtiment de la Gare, qui font office d'urinoirs quand ils ne font pas office de dégueuloirs! La Loi sur la Police (LPol; RSB 551.1) a changé, et elle donne plus de moyens aux Autorités afin de garantir l'ordre et la sécurité dans les lieux publics. La Ville de Bienne, c'est-à-dire le Département de la sécurité, a mis sur pied, il y a quelques années, un centre de rencontre pour marginaux, qui se situe en face du Gymnase au Lac. Malheureusement, les marginaux n'y vont que trop peu ou même jamais. La faute au prix de l'alcool qui y est trop élevé dans les grandes surfaces, le demi-litre de bière est moins cher que le litre d'eau. Oui, ce sont des «Menschen», et évidemment ils ont le droit de vivre, boire et aller où ils veulent et vivre en marge de la société. Pour rappel, ils sont tous annoncés au Service social de la Ville de Bienne ou d'autres communes et bénéficient tous de l'aide minimum, laquelle termine malheureusement en partie dans des bouteilles d'alcool. Par contre, ils devraient respecter les voyageurs ou simples passants, et surtout ne pas aguicher des jeunes filles. Pendant vingt ans, j'ai eu affaire à toutes sortes de marginaux en Ville de Bienne, parfois sympathiques et parfois malheureux, mais aussi parfois perdus et dans des états que personne, ici, ne voudrait connaître. Certes, on ne peut pas leur en vouloir, mais on ne peut pas tout leur pardonner. À un moment donné, quand le dialogue ne suffit plus, il faut passer aux actes. La LPol donne justement les moyens de remettre de l'ordre où il faut, tout en agissant de manière proportionnelle. Je crois que la majorité des parlementaires préfère voir la place de la Gare remplie de bacs à fleurs plutôt que des personnes allongées à même le sol, gisant dans leur propre urine!

8. Überparteiliche Interpellation 20200068, Francescutto Luca, SVP, Hamdaoui Mohamed, CVP, «Biel, die Stadt der Low-Cost-Friseursalons»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Puisque dans sa réponse, le Conseil municipal dit ne pas savoir combien de salons de coiffure sont installés à Bienne, je vais vous le dire, alors même que cela était une de mes questions. Il y a plus d'une centaine de salons de coiffure en Ville de Bienne. Vous me direz qu'il n'y a pas de problèmes! Une chose est sûre: à Bienne, vous pouvez vous faire couper les cheveux ou commander un Kebab à chaque coin de rue. D'ailleurs chaque magasin qui ferme à Bienne risque de se transformer en salon de coiffure du Moyen-Orient ou en Kebab turc. Il faut croire que le type biennois n'est pas chauve et adepte de la malbouffe! Bref, osons un calcul simplifié, je l'avoue, mais révélateur de la situation: loyer 4'000 fr., salaire du patron 4'000 fr., deux employés 6'000 fr., frais divers 1'500 fr. On arrive à un total de charges de 15'500 fr. pour un salon de coiffure. Prix de la coupe: 20 fr. Pour survivre, ce salon doit exécuter 825 coupes de cheveux par mois. Il faudrait

donc que ce salon s'occupe de 34,37 personnes par jour pour une ouverture de 24 jours par mois. Étant donné qu'il y a 140 salons de coiffure à Bienne, on peut en déduire que chaque jour, il y a 4'812 personnes qui se font couper les cheveux. Comme la Ville de Bienne compte 50'000 habitants, je me demande vraiment ce qui se passe dans ces salons de coiffure. Ce simple calcul met en évidence qu'il faut se rendre compte qu'il n'est pas possible d'avoir autant de salons de coiffure viables. On peut donc se poser la question du travail au noir, de blanchiment d'argent ou de toutes autres triches. Avez-vous déjà vu le mobilier dans certains de ces salons de coiffure? On se croirait chez un prince, si j'ose faire ce jeu de mots. Il est temps de se poser les bonnes questions et d'agir afin de mettre un terme à cette mascarade. Toutefois, lorsque je vois la réponse du Conseil municipal qui me dit qu'il n'y a aucun problème, je reste dubitatif. Ce n'est pas les 32 contrôles effectués en deux ans qui vont améliorer la chose. Je vous rappelle que le blanchiment d'argent, la fraude et autre magouille ne font qu'amener l'insécurité et permettent à des organisations criminelles établies à l'étranger de mener des guerres dans d'autres pays. Je ne suis pas satisfait de la réponse du Conseil municipal du fait que ce dernier pense qu'il n'y a aucun souci.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Je n'ai pas forcément les mêmes réponses que Monsieur Francescutto, mais je crois que l'on est parti du même diagnostique. Le problème de ces salons de coiffures, qui se multiplient, est la confirmation d'une «ubérisation» constante de notre société pour un certain nombre de professions. Lorsque vous discutez avec des coiffeurs professionnels qui ont obtenu un certificat de capacité, il en ressort qu'ils sont choqués de savoir que quelqu'un puisse du jour au lendemain se prétendre coiffeur, tout en appliquant des tarifs bas et une qualité du produit qui n'est pas bonne. De plus, un grand nombre de ces personnes travaillant dans ce genre de salon n'ont aucune véritable protection sociale et sont corvéables à merci. Pire, elles peuvent être jetées comme un mouchoir en papier! Si vous prenez la peine de faire des études sérieuses sur la question du blanchiment d'argent, vous verrez que certaines organisations criminelles sont tentées d'user de ce genre d'établissements à des fins criminelles. N'est-ce pas notre rôle d'alerter les Autorités? Je comprends très bien le Conseil municipal qui nous demande de s'adresser au Canton, cette question n'étant pas de sa compétence. Lorsqu'on s'adresse au Canton, la réponse est que c'est de la compétence de la Confédération qui répond qu'elle est liée à des traités internationaux et ne peut donc rien faire. À un certain moment, cela va poser des problèmes. Je vous invite à prendre cette thématique au sérieux et je ne suis donc pas satisfait de la réponse donnée par le Conseil municipal.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Damit Sie sehen können, dass ich schmunzle, entferne ich meine Maske. Ein wenig Ironie ist wohl erlaubt. Erst dachte ich, der Vorstoss sei von zwei Gewerkschaftern eingereicht worden. Es freute mich, dass Sie sich so für den Gesamtarbeitsvertrag der Coiffure engagieren, gegen den sich die Coiffeure jahrelang gewehrt haben. Ich war jahrelang im Amt für Berufsbildung im Bereich der Lehrverträge und Auszubildenden tätig, aber auch in jenem der Arbeitsintegration von Personen, die eine Ausbildung machen wollen, aber noch keine Lehre absolvieren können. Mir sind sehr viele dieser Coiffeursalons bekannt; nicht nur in Biel, sondern auch in Lyss, Aarberg, Burgdorf, Bern, Langenthal und Interlaken sind sie wie Pilze aus dem Boden geschossen. Dass sich nun die Parteien der Interpellanten für eine staatliche Eingrenzung des freien Marktes engagieren, erstaunt mich. Ich verstehe das Anliegen, auch meine Coiffeuse kämpft um Kund*innen und die Preisgarantie. Aber das war bisher eher die Aufgabe der Gewerkschaften, darauf zu schauen, dass die Löhne eingehalten werden. Im Kanton Bern ist dies der Fall. Auch wenn es z. B. in Biel zu viele Arztpraxen, Anwaltsbüros oder Restaurants hat, kam bisher niemand auf die Idee, dort berufsspezifische Einschränkungen zu verlangen wie nun bei den Coiffeuren. Auch im Gastgewerbe hat sich die Situation so verändert, dass

schon lange nicht mehr nur ausgebildete Köche in der Küche arbeiten. Vielmehr mussten Berufsbildungsklassen geschlossen werden, weil niemand mehr eine Kochlehre absolvieren wollte. Warum sollte dies nun bei den Coiffeuren anders sein, Herr Francescutto? Es ist nicht Aufgabe des Staates, sich ins Private einzumischen, weshalb ich die Antworten des Gemeinderats nachvollziehen kann. Aber das Anliegen, dass in der Coiffeurbranche anständige Löhne bezahlt werden müssen, unterstützen wir natürlich.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Die Diskussion ist interessant. Die Verantwortlichkeit für Veränderungen in diesem Bereich liegt allerdings nicht bei der Stadt, sondern beim Kanton oder sogar beim Bund, wie bereits in der Beantwortung des Gemeinderats erwähnt.

9. Dringliche Interpellation 20200185, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Warum wird die einmalige kinematografische Sammlung William Piasio "entsorgt"?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ende der 1980er Jahre hat die Stadt Biel unter der Leitung des damaligen Schuldirektors Raymond Glas für CHF 365'000 die umfassende kinematografische Sammlung von William Piasio erworben. Während drei Jahrzehnten hat Herr Piasio in ganz Europa alte Geräte und Dokumente des Films zusammen getragen und so wohl eine europaweit einmalige Sammlung erstellt. Diese umfasst rund 1000 Kameras und andere Schaustücke wie beispielsweise ein aus Venedig stammendes Megaletoskop aus dem Jahr 1860 oder einer der ältestesten Filmprojektoren von 1905 aus Paris. Mit meiner Intepellation fragte ich nach, weshalb diese Kollektion nicht mehr im Neuen Museum Biel ausgestellt ist. Die Antwort dazu fiel sehr umfassend aus und ich bin von ihr befriedigt.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Frau Schneider, es freut mich, dass Sie sich für die Kultur einsetzen, ich hoffe, dies wird auch in Zukunft so sein!

10. Dringliche Interpellation 20200289, Wächter Olivier, SVP, «Provisorischer Durchgangsplatz für Schweizer Fahrende in Biel»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Wächter Olivier, UDC: Le sujet des aires de transit pour les gens du voyage revient souvent sur le devant de la scène. L'objectif de mon interpellation urgente était de clarifier la situation et de bien faire la distinction entre les gens du voyage suisses et ceux de l'étranger. Ce n'est pas la nationalité qui joue un rôle, mais plutôt le comportement. Je conviens qu'il y a des gens du voyage qui se comportent très bien. Les gens du voyage forment une grande communauté nommée tziganes ou gitans. Le Conseil municipal a répondu ce que je voulais lire: une aire de transit est disponible pour les gens du voyage provenant de Suisse qui se comportent bien. Il est aussi

important de relever qu'il existe une loi qui permet l'expulsion en cas d'utilisation illicite de places. Je suis satisfait de la réponse du Conseil municipal.

11. Dringliche überparteiliche Interpellation 20200312, Tanner Anna, SP, Heiniger Peter, PdA, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Rebetez Maurice, PSR, Roth Myriam, Grüne, «Systematische Verspätungen der ESD bei der Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Tanner Anna, SP: Ich habe mich entschieden, Hochdeutsch zu sprechen, da viele meiner Ratskolleg*innen mir anvertraut haben, dies sei einfacher zu verstehen. Aufgrund von wiederholten Rückmeldungen über Verspätungen, Auskunftsverweigerung und mangelndem Informationsfluss wollten wir mit unserer Interpellation eine Bestandesaufnahme über den Ist-Zustand der noch zu bearbeitenden Dossiers der Einwohner- und Spezialdienste und den Handlungsbedarf erhalten. Wir wissen nun, dass Bedarf besteht, denn unsere Fragen konnten zum Teil gar nicht beantwortet werden. Von einer öffentlichen Behörde kann erwartet werden, dass sie Informationen über Anzahl und Stand der Dossiers geben, respektive dies aus den bestehenden Daten herauslesen kann. Ist dies nicht der Fall, hat dies praktische Folgen: Menschen erhalten keine Aufenthaltsbewilligung, keine Wohnung oder finden keine Arbeit, können nicht aus- oder weiterreisen oder einen Familiennachzug beantragen. Die Kosten dieser Verzögerungen sind enorm, da diese Menschen länger unterstützt werden müssen und nicht integriert leben können. Daher sind wir nicht befriedigt von der Antwort und müssen unser weiteres Vorgehen besprechen.

Heiniger Peter, PdA: In den Einwohner- und Spezialdiensten der Stadt Biel bearbeiten 11,6 Vollzeitstellen 173 Dossiers, in der Stadt Bern sind es 19 Vollzeitstellen für 73 Dossiers. Man rechne...

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Ich knüpfe an das Votum von Herrn Heiniger an, denn diese Rechnung ist das Grundproblem. Die Stadt Biel hat zu wenig Personal, um den Arbeitsaufwand zu bewältigen. Demzufolge benötigen wir mehr Mitarbeitende. Für diese Massnahme ist der gesamte Gemeinderat gefordert und dieser kann die Anträge um Personalaufstockung in dieser Direktion nicht immer ablehnen. Irgendeinmal sollte der Gesamtgemeinderat für dieses Dossier die Verantwortung übernehmen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Wie bereits in einem Votum zu Beginn der Sitzung als wünschenswertes Vorgehen erwähnt, haben die Interpallant*innen vor Einreichung des Vorstosses das Gespräch mit meiner Direktion gesucht und ich danke dafür. Die Gründe für die aktuelle Situation der Einwohner- und Spezialdienste sind noch nicht klar benannt worden. Nebst der Frage der personellen Ressourcen muss auch die gesetzliche Entwicklung erwähnt werden, aufgrund welcher relativ rasch neue Aufgaben umgesetzt werden mussten, die nicht vorhersehbar waren. Ausserdem sind wir daran, eine neue Software einzuführen, welche uns in Zukunft helfen wird, die Arbeitslast effizienter abzubauen und Statistiken schneller zu erheben. Der dritte Grund ist leider ein unerwartet hoher personeller Ausfall infolge Schwangerschaften und Unfällen. Die Direktion hat auch das Arbeitsklima geprüft und festgestellt, dass diesbezüglich kein Grund zur Sorge besteht. Aber es fehlten über

zwei Jahre rund 200 Stellenprozente, was für die Einwohner- und Spezialdienste ein erheblicher Ausfall darstellt. Die Ressourcenfrage hängt aber auch von Ihren Entscheidungen ab - denken wir an die Budgetdiskussion mit dem Beschluss der Reduktion der Personalkosten.

4. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (Fortsetzung)

Wahl der 7 Mitglieder

Wahl

Ausgeteilte Wahlzettel	59
Eingegangene Wahlzettel	59
Ungültig oder leer	0
Gültig	59
Absolutes Mehr	20
Gewählt sind:	
Isabelle Torriani Latscha (PSR)	**41**
Anna Tanner (SP)	**40**
Natascha Pittet (PRR)	**39**
Urs Scheuss (Grüne)	**39**
Titus Sprenger (Passerelle)	**34**
Sandra Gurtner-Oesch (GLP)	**30**
Joël Zumstein (SVP)	**25**
Stimmen haben erhalten :	
Cécile Wendling (FDP)	22
Joseline Stolz (PSR)	1

Wahl der Präsidentin / des Präsidenten für Januar 2021 bis April 2022

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Je vous remercie de la confiance que vous avez apportée à Madame Pittet en l'élisant comme membre de la Commission de gestion. Je vous la recommande maintenant à la Présidence de ladite Commission. Elle a déjà exercé ce mandat, et je pense que c'est une bonne chose de lui faire à nouveau confiance en lui accordant votre voix.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion PRR wird gewählt:

Natasha Pittet (PRR)

Wahl der Vize-Präsidentin / des Vize-Präsidenten für Januar 2021 bis April 2022

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO schlägt Frau Anna Tanner als neue Vize-Präsidentin der GPK vor. Wie ich bereits vorgängig erwähnt habe, ist sie seit 16 Monaten Mitgied der Kommission und konnte ihre Funktionweise kennenlernen und hat sich gut eingelebt. Nun ist sie bereit, in der GPK mehr Verantwortung zu übernehmen, weshalb sie als Kandidatin für das Vize-Präsidium antritt. Wir freuen uns sehr, sie zur Wahl vorschlagen zu dürfen und bitten Sie, ihrer Wahl zu zustimmen.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion SP/JUSO wird gewählt:

Anna Tanner (SP)

12. Wahl der Spezialkommission Totalrevision der Stadtordnung (RSO)

Wahl der 9 Mitglieder

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Zuerst wählen wir die neuen Mitglieder der Kommission und danach das Präsidium. Es liegen neun Wahlvorschläge für die neun Sitze vor. Die Fraktionen stellen ihre Kandidat*innen jetzt vor.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Wenn sich solch kompetente Personen zur Wahl stellen, sollten wir dies auch ehren. Unsere Fraktion schickt für die Kommission RSO die Herren Wiederkehr und Koller ins Rennen. Herr Wiederkehr ist bereits Mitglied und allen bestens bekannt durch seine markante Stimme. Er ist dossiersicher, sehr verlässlich, pragmatisch und ein ruhiger und geschickter Verhandlungspartner. Aus all diesen Gründen empfehlen wir ihn wärmstens zur Wahl. Als Vertreter der jüngeren Generation war Herr Koller der Verfasser von vielen Änderungsvorschlägen in Zusammenhang mit der Revision der Stadtordnung; damit ist er ein Kandidat, der weiss, in welche Richtung er die RSO prägen will und er ist zudem in der Fraktion gut positioniert.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Nous vous proposons la candidature d'Urs Scheuss à l'élection de la Commission spéciale chargée d'accompagner la révision du Règlement de la Ville (RVB). Il n'est pas nouveau dans cette commission et souhaite que la révision totale du Règlement de la Ville se fasse de manière efficace et rapide. En tant que politologue, titulaire d'un doctorat, il est un expert du domaine. Il connaît la politique et son fonctionnement grâce à son travail au niveau national chez Les Verts, mais aussi, grâce à un précédent mandat au Grand-Conseil, au niveau cantonal. Il souhaite s'engager pleinement. C'est pour cette raison que le Groupe Les Verts soutient sa candidature également à la présidence de cette commission.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Nous avons l'avantage de vous présenter Marie Moeschler en tant que membre de la Commission RVB. Toute nouvelle élue, mais déjà très engagée et impliquée en politique, elle est co-présidente du PSR. Sa formation d'avocate est un plus pour siéger au sein de cette commission. Elle est très motivée et intéressée par le sujet, ouverte à la discussion et apprécie de partager ses réflexions. Le Groupe PSR vous recommande vivement d'élire Madame Moeschler.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Unsere Fraktion empfiehlt Ruth Tennenbaum zur Wahl in die Kommission RSO. Sie ist eine dossiersichere Sachpolitikerin, welche das Geschäft der Stadtordnung seit Beginn kennt und dazu an vielen Runden Tischen mitgewirkt hat. Sie kennt sich sehr gut in administrativen Angelegenheiten aus und pflegt die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fraktionen und Parteien, weshalb wir sie Ihnen zur Wahl empfehlen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR propose Natasha Pittet, Docteure en droit. Elle a présidé la Commission (RVB) durant la dernière législature et se mettra à disposition pour la vice-présidence.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Wir schlagen Bernhard Leuenberger erneut zur Wahl in die Kommission RSO vor. Als bisheriges Mitglied leistete er gute Arbeit und sicherte auch den Informationsfluss mit der Fraktion. Das ist wichtig, damit im Stadtrat über die in der Kommission vorbereiteten Punkte ohne viele «Nebengeräusche» abgestimmt werden kann. Deshalb bitten wir Sie, Herrn Leuenberger zu wählen.

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP+: Da wir alle die Möglichkeit haben, unsere Kandidaturen «schmackhaft» zu machen, tun wir dies natürlich auch für Dennis Briechle, unseren Fraktionspräsidenten. Er ist fast seit Beginn Mitglied der Kommission RSO, entsprechend dossierfest und damit sicher ein Mehrwert für den Stadtrat. Danke für seine Wahl.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés propose la réélection de Sandra Schneider. Il est inutile de vous la présenter, vous la connaissez. Elle a de larges connaissances au niveau de la politique communale et également au Grand-Conseil. Je sais qu'elle a eu énormément de plaisir à siéger au sein de la Commission RVB et je peux vous affirmer qu'elle va continuer à s'engager.

Wahl

- auf Vorschlag der betreffenden Fraktionen werden gewählt:

Natasha Pittet (PRR)
Martin Wiederkehr (SP)
Levin Koller (SP)
Marie Moeschler (PSR)
Urs Scheuss (Grüne)
Ruth Tennenbaum (Passerelle)
Dennis Briechle (GLP)
Bernhard Leuenberger (FDP)
Sandra Schneider (SVP)

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Ich will die Wahl nicht unnötig verlängern, aber Herr Scheuss ist bereits Mitglied der Kommission und kann die Kontinuität der bisher getätigten Arbeit sicher stellen. Unsere Fraktion unterstützt deshalb seine Kandidatur als Präsident.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion Grüne wird gewählt:

Urs Scheuss (Grüne)

13. Wahl der Schulkommissionen

Wahl der französischen Schulkommission

Strobel Salome, présidente du Conseil de ville: Nous élisons maintenant uniquement les représentants politiques de la Ville de Bienne à la Commission scolaire francophone. Les candidats suivants sont proposés:

- Philippe Weber, Les Verts
- Maurice Rebetez, PSR
- Renaud Lieberherr, PSR
- Gaël Schaffter, PVL
- Pauline Pauli, PRR
- Michel Tschank, PRR
- Luca Francescutto, UDC

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a l'avantage de vous présenter Renaud Lieberherr, francophone et membre du PSR. Il est un habitué des commissions scolaires puisqu'il a été jusqu'en 2009 Président des écoles enfantines de langue française de la Ville de Bienne. Nous pouvons vraiment le recommander pour ce poste.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Le Groupe GLP+ vous propose Gaël Schaffter comme membre de la Commission scolaire francophone. Il est juriste de profession. Il a été conseiller municipal dans une commune du Jura bernois et a de l'expérience dans le domaine de l'éducation car il a siégé dans un comité d'une école à Tavannes pour des enfants et adolescents avec des besoins spéciaux. Il est papa de deux petits enfants qui vont entrer à l'école obligatoire à Bienne.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR vous propose de réélire Pauline Pauli et d'élire Michel Tschank en remplacement de Natasha Pittet. Monsieur Tschank est un jeune engagé qui souhaiterait apporter sa contribution dans ce domaine.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Le Groupe Les Verts vous propose Philippe Weber. Géographe et papa de deux enfants, il a un pied dans l'enseignement puisqu'il enseigne l'aménagement du territoire aux futurs cadres romands en administration communale.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Wie der Kandidatenliste zu entnehmen ist, ist auch die SVP durch Luca Francescutto seit der letzten Legislatur in der französischen Schulkommission vertreten. Er stellt sich sehr gerne zur Wiederwahl. Als Vater schulpflichtiger Kinder kennt er die Thematik nicht nur theoretisch, sondern ist täglich damit konfrontiert. Die Schule und Bildungsfragen liegen ihm am Herzen und

er arbeitet engagiert in der Kommission mit. Wir danken Ihnen für die Wiederwahl von Herrn Francescutto.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Veuillez m'excuser de cette deuxième intervention. En effet, il était clair pour moi que Maurice Rebetez est toujours candidat pour cette commission scolaire. Malgré le fait qu'il arrête son mandat au Conseil de ville, il pose toujours sa candidature pour la Commission scolaire francophone. Je vous prie d'en tenir compte et de soutenir cette candidature.

Strobel Salome, présidente du Conseil de ville: Étant donné que la parole n'est plus demandée, nous passons au vote et les bulletins seront distribués. La Ville de Bienne a droit à six sièges et nous avons sept candidatures. Je vous remercie de ne cocher que six noms sur les bulletins reçus, sinon le bulletin ne sera pas valable.

14. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20210020, Stefan Rüber, Fraktion Grüne, «Folgen der Covid-19-Pandemie für den Arbeitsmarkt abfedern»

Rüber Stefan, Grüne: Das eingereichte Postulat fordert den Gemeinderat auf, die kurz- und längerfristigen Massnahmen aufzuzeigen, mit welchen die Stadt auf die stark angestiegene Arbeitslosenquote in Biel reagiert. Es fordert die Ergreifung von Massnahmen im Rahmen des Möglichen, um auf diese traurige Konsequenz der aktuellen Krise vorbereitet zu sein. Die Arbeitslosigkeit stieg seit März 2020 um 2% auf über 6% an. Ein Ende der Situation ist nicht abzusehen; heute Nachmittag wurde die erneute Verlängerung der Covid-19-Massnahmen bekannt gegeben. Am besten wäre es, wenn schnelle Lösungen gefunden und die Leute erst gar nicht arbeitslos werden. Deshalb ist die Dringlichkeit dieses Postulats angemessen. Es bestehen bereits verschiedene Vorstösse bezüglich der Corona-Krise - ich hoffe auf rasche Lösungen, besonders für die Betroffenen, die von den kantonalen resp. nationalen Massnahmen nicht oder nur ungenügend unterstützt werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.10 Uhr - 20.45 Uhr

15. Wahl der Kommission A5

Wahl der 9 Mitglieder

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir wählen nun die A5-Kommission, welche aus neun Mitgliedern besteht. Als erstes wählen wir die Mitglieder und danach das Präsidium, wie bereits bei den vorgängigen Wahlen. Von den zuerst vorgeschlagenen 10 Kandidaturen hat sich Herr Sutter (FDP) zurückgezogen und somit stellen sich noch neun Kandidat*innen zur Wahl und wir können damit auf eine geheime Wahl verzichten. Aus Zeitgründen bitte ich, die Kandidat*innen nur vorzustellen, falls wirklich notwendig.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Trotz Zeitdruck will ich doch die Kandidaten der Fraktion SP/JUSO kurz vorstellen. Wir alle kennen Alfred Steinmann, unseren

Parteipräsidenten, der seit längerer Zeit Mitglied der Kommission A5 und dementsprechend mit der Materie vertraut ist. Er kennt die involvierten Personen, ist verlässlich und will auch das Präsidium der Kommission übernehmen. Es ist von Vorteil, wenn jemand dabei ist, der über solche Vorkenntnisse und Verbindungen verfügt. Nina Schlup ist wohl die jüngste Stadträtin und wird als neues Mitglied einen frischen Wind in die Kommission bringen. Sie war auch schon vor ihrer Wahl in den Stadtrat aktiv bei Aktionen zu Umweltfragen und Verkehrspolitik. Wir empfehlen beide wärmstens zur Wahl.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR vous propose d'élire Ruth Kilezi en remplacement pour la Commission A5. Madame Kilezi est toute nouvelle au sein du Parlement. Elle prépare un master en droit à l'Université de Neuchâtel. Elle a donc des compétences très intéressantes pour siéger dans cette commission pour laquelle elle a très rapidement montré son intérêt et sa motivation. Elle est prête à s'engager, à partager ses réflexions et à faire avancer les projets. Nous vous recommandons sa candidature.

Wahl

- auf Vorschlag der betreffenden Fraktionen werden gewählt:

Peter Bohnenblust (FDP)
Alfred Steinmann (SP)
Nina Schlup (JUSO)
Ruth Kilezi (PSR)
Marion van der Meer (Grüne)
Peter Heiniger (PdA)
Julien Stocker (GLP)
Daniel Suter (PRR)
Patrick Widmer (UDC)

Cadetg Leonhard, FDP: Üblicherweise wird der Präsident einer Kommission für die neue Legislatur belassen, sofern er als Mitglied wieder gewählt wurde. Ich empfehle Ihnen deshalb Herrn Bohnenblust zur Wiederwahl.

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Damit hat Herr Cadetg zur Wahl des Präsidiums der Kommission A5 übergeleitet. Das Wort wird nicht weiter gewünscht, allerdings sind die Stimmenzählenden noch nicht zurück im Saal, da der Stadtrat schneller war als sie. Wir machen eine kurze Pause, bis sie zurück sind.

Sitzungsunterbruch 20.55 Uhr - 21.00 Uhr

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Das Wort zur Wahl des Präsidiums wird nicht mehr verlangt. Ich bitte daher die zurückkehrenden Stimmenzählenden die Wahlzettel für das Präsidium A5 auszuteilen. Vorgeschlagen werden Alfred Steinmann (SP) sowie Peter Bohnenblust (FDP). Ich bitte die Stadtratsmitglieder, jeweils nur einen Namen auf dem Wahlzettel zu notieren.

13. Wahl der Schulkommissionen (Fortsetzung)

Wahl der französischen Schulkommission

Wahl

Ausgeteilte Wahlzettel	59
Eingegangene Wahlzettel	59
Ungültig oder leer	0
Gültig	59
Absolutes Mehr	**24**
Gewählt sind:	
Maurice Rebetez, PSR	**46**
Gaël Schaffter, PVL	**45**
Philippe Weber, Les Verts	**42**
Renaud Lieberherr, PSR	**42**
Michel Tschank, PRR	**37**
Luca Francescutto, UDC	**34**
Stimmen haben erhalten :	
Pauline Pauli, PRR	28
Joseline Stolz, PSR	1
Natasha Pittet, PRR	1

16. Dringliche Interpellation 20200313, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Erweiterte und beheizte Terrassen auch in der kalten Jahreszeit?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Concernant le principe de base évoqué au point 1 de la réponse du Conseil municipal, il est réjouissant de constater que la possibilité d'étendre les surfaces des terrasses peut être envisagée et maintenue autant que possible. Au point 2, il est souligné que les demandes seront examinées sous l'angle de l'utilité d'une autorisation pour la survie de l'entreprise concernée. En effet, il s'agit d'un aspect important, car il serait difficilement envisageable de créer des frais et des charges supplémentaires en ce temps de crise de Coronavirus. Cela mettrait certainement en danger l'existence même de ces établissements. Il est logique d'aider et de favoriser ces établissements sans contrainte ni embûche dans un premier temps. Par contre, il serait nécessaire de reprendre cette problématique de terrasses chauffées en établissant certains principes, ne serait-ce que pour permettre un développement futur qui prenne en compte les aspects écologiques. La protection de l'environnement ne dépend pas nécessairement de la crise sanitaire actuelle. Il est primordial de développer un concept qui tienne compte de cet aspect environnemental,

tout en permettant l'accueil des clients en terrasses dans les meilleures conditions possibles. À l'évidence, même lorsque nous serons sortis de cette crise sanitaire, il sera important de favoriser et de maintenir la possibilité d'extension des terrasses chauffées des établissements qui en feront la demande. Nous sommes donc satisfaits de la réponse du Conseil municipal. J'espère profiter de ces terrasses chauffées et accueillantes dès que les mesures sanitaires le permettront.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés remercie les auteurs de cette interpellation qui nous paraît très importante. Le secteur de la restauration est en crise en raison de la pandémie actuelle, mais aussi à cause des restrictions de la Confédération. Les parlementaires ont une responsabilité envers ces établissements. Nous devons faire quelque chose afin de les soulager. Permettre aux bars et restaurants de pouvoir adapter leurs terrasses au moins provisoirement en cette période difficile est vital pour beaucoup d'entre eux. Tous les types d'aides sont les bienvenus. Des faillites sont certainement à craindre dans les prochains mois, si la situation ne s'améliore pas. Le Groupe UDC/Les Confédérés espère que la Ville fera preuve de clémence pour les autorisations délivrées dans le futur.

17. Überparteiliche Interpellation 20200191, Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!, Grupp Christoph, Fraktion Grüne, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, «Einbürgerungsquote in Biel»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Um es vorweg zu nehmen: ich bin von der Antwort des Gemeinderats gar nicht befriedigt. Warum? In seiner Antwort zur Frage 1 macht der Gemeinderat den hohen Anteil der nicht einbürgerungsfähigen Ausländer*innen für die tiefe Einbürgerungsquote verantwortlich. Dies kommt einer Ausrede gleich, da doch die kantonale Gesetzesänderung, welche den Ausschluss von Sozialhilfebezüger*innen vorsieht, nur ein Grund unter mehreren ist. Die Antwort auf die zweite Frage zeigt jedoch, dass für Aufgaben im Zusammenhang mit der Einbürgerung seitens der Stadt keine Ressourcen eingesetzt wurden. Und das ist der wesentliche Grund für die schlechte Einbürgerungsquote. Beim Prüfen der Einbürgerungszahlen in den Geschäftsberichten unter der Leitung von Herrn Gemeinderat Feurer stellt sich heraus, dass die Zahl der ordentlichen Einbürgerungen stark abgenommen hat: 2005: 245, 2012: 28, 2013 und unter der Leitung von Herrn Feurer 149, 2014/43, 2015/53, 2016/75, 2017 (im ersten Jahr der Einführung des neuen Bürgerrechtsgesetzes, SR 141.0)/168, 2018/175, 2019/651. Von 2013 bis 2016 wurden somit nur sehr wenige Einbürgerungen genehmigt, um das «nicht Genehme» zu verhindern. Erst nachdem das Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht eingeführt und Fristen vorgegeben wurden, blieb kein Spielraum mehr und das Personal musste aufgestockt werden, um die Dossiermenge zu bewältigen. Die Information des Gemeinderats zur Frage 2 ist nicht umfassend. Im Herbst 2016 wurde allen Personen in Biel, die den Einbürgerungstest bestanden und die Voraussetzungen für eine Gesuchseingabe erfüllt hatten, die Abgabe der Gesuchsformulare verweigert mit dem Hinweis, dass sie im Januar 2017 die neuen Gesuchsformulare auf der Grundlage der neuen Bestimmungen erhielten. Sie hatten somit nicht die Wahl, nach neuem oder altem Gesetz eingebürgert zu werden. Somit stellt sich die Frage, auf

Basis welcher Rechtsgrundlage in Biel so entschieden wurde. Die Direktion DSS begründete dieses Vorgehen damit, dass die Einbürgerungswilligen diesfalls aufgrund der neu vorgegebenen Fristen rascher Bescheid erhalten würden. Dadurch wurde aber Einbürgerungswilligen mit einer Aufenthaltsbewilligung B die Möglichkeit genommen, ein Gesuch einzureichen! Auch das ist für mich «Verhinderungspolitik». Seit der Personalaufstockung konnten schliesslich die grossen Pendenzen aufgrund eines Sondereinsatzes von Personal aus anderen Bereichen abgebaut werden. Um zu verdeutlichen, welche enormen Rückstände es aufzuholen galt: 80 Stellenprozente bearbeiteten vorher im Schnitt 32 Dossiers. Es hätte also Jahre gedauert, um die mehrere Hundert Dossiers abzubauen. Ein weiteres Beispiel: im Jahr 2016 warteten 400 Personen auf einen Termin für den Einbürgerungstest. Vorgesehen waren aber nur zwei Tests pro Jahr mit je 50 Personen. In der Folge wurden dann doch immerhin vier Tests pro Jahr durchgeführt und damit die Wartezeit ein bisschen verringert. Dank der Stellenaufstockung hat sich die Effizienz der Mitarbeitenden verdoppelt und es werden wesentlich mehr Dossiers bearbeitet. Das zeigt sich seit 2017 in einer Erhöhung der Einbürgerungsquote. Die Situation hat sich gebessert, die Mitarbeitenden können die Dossiers nunmehr unter guten Bedingungen bearbeiten und sind bei Anfragen umgänglicher, kompetenter und hilfsbereiter. Die Situation ist trotzdem bedenklich und sollte auch dem Gesamtgemeinderat zu denken geben, insbesondere der Umstand, dass die Veränderung nur aufgrund von viel öffentlichem Druck erfolgte. Auch die Einbürgerung ist eine Dienstleistung, welchen die Stadt zu erfüllen hat und die erwartet werden darf!

15. Wahl der Kommission A5 (Fortsetzung)

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten

Wahl

Verteilte Wahlzettel	59
Eingetroffene Wahlzettel	59
Leer oder ungültig	2
Gültig	57
Absolutes Mehr	29
Stimmen haben erhalten:	
Alfred Steinmann (SP)	32
Peter Bohnenblust	25
Gewählt ist:	
Alfred Steinmann (SP)	**32**

18. Wahl der interkommunalen Kommission AGGLOlac

Wahl der 4 Bieler Mitglieder

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir wählen nun die Mitglieder der interkommunalen Kommission AGGLOlac. Biel hat Anrecht auf 4 Sitze in der Kommission und 5 Kandidat*innen sind zur Wahl vorgeschlagen.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Ich finde es wichtig, einige Worte zu den Kandidierenden sagen zu können - gerade bei Wahlen, die umstritten sind und in einer neuen Legislatur stattfinden, in welcher ein Drittel der Stadtratsmitglieder neu ist. Die Fraktion GLP+ nominiert Julien Stocker. Er ist Gesundheitswissenschafter an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH), arbeitet in der Wirtschaftsprüfung und ist engagiert als Co-Präsident der Pro Natura Seeland.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je prends la parole afin d'apporter certains nouveaux éléments et explications aux nouveaux membres du Conseil de ville. Lors de la création de la Commission AGGLOlac, je faisais partie du camp du «Non». Par la suite, avec la restructuration du projet, les aménagements sur le projet et divers autres éléments, j'ai passé dans le camp du «Oui». Comme le projet, j'ai évolué et changé mon avis. À l'époque, j'avais été élu avec une voix de plus qu'un membre du FDP. J'ai eu beaucoup de plaisir à siéger dans cette commission. Les membres du Groupe UDC/Les Confédérés ont des avis très partagés sur ce sujet. C'est pourquoi j'estime très important que les membres de la commission discutent et échangent sur ce projet. La Commission AGGLOlac a toujours fonctionné ainsi avec ses anciens membres, qu'ils soient pour ou contre le projet. J'avais même soutenu le dépôt d'une initiative parlementaire qui demandait des explications plus précises sur certains points du projet AGGLOlac. Je souhaite aujourd'hui retirer ma candidature au profit d'une personne issue du camp bourgeois qui est aussi favorable à ce projet. J'appelle le camp bourgeois à soutenir la candidature de Monsieur Bohnenblust.

Wahl

- auf Vorschlag der betreffenden Fraktionen werden gewählt:

Dana Augsburger-Brom (Passerelle)
Stefan Rüber (Grüne)
Peter Bohnenblust (FDP)
Julien Stocker (GLP)

Wahl des Vize-Präsidiums

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Das Präsidium ist bürgerlich und wird von Nidau wahrgenommen. Im Gegenzug dazu schlagen wir Ihnen ein linkes Vize-Präsidium in der Person von Frau Dana Augsburger-Brom zur Wahl vor. Sie hatte dieses Amt bereits inne und sollte es auch weiterhin wahrnehmen können. Gemäss Dana Augsburger-Brom ist das Projekt fast fertig gestellt und es geht darum, den Schlussbericht zu erstellen. In dieser Situation ist Kontinuität und eine bereits mit dem Dossier vertraute Person wichtig, zumal Herr Wächter auf seine Wiederwahl verzichtet hat.

Wahl

- auf Vorschlag der Fraktion Einfach libres! wird gewählt:

Dana Augsburger-Brom (Passerelle)

13. Wahl der Schulkommissionen (Fortsetzung)

Wahl der deutschen Schulkommission

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Der Stadtrat wählt nun die sechs Mitglieder der Stadt Biel. Die Fraktion Grüne hat mich vor der Sitzung informiert, dass sie kurzfristig eine Änderung vornehmen mussten und anstelle von Gisela Juchli Daniela De Maddalena nominieren.

Wahl

- auf Vorschlag der betreffenden Fraktionen werden gewählt:

Christof Blaser, SP
Daniela Hess, SP
Daniela De Maddalena, Grüne
Philipp Reusser, GLP
Sarah Staub Grötzinger, FDP
Inès Wendling, FDP

19. 20200298 Zuteilung der Direktionen für die Legislaturperiode 2021 – 2024 an die Mitglieder des Gemeinderates / Regelung der Stellvertretung

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen unterbreitet Ihnen einen **Änderungsantrag** und schlägt neu **Herrn Gemeinderat Feurer als Direktor für die Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU)** vor. **Frau Gemeinderätin Frank** würde diesfalls **Direktorin für die Direktion Soziales und Sicherheit (DSS)**. Wir sind enttäuscht, dass der Gemeinderat das «Anciennitätsprinzip» nicht respektierte, wonach die bisherigen Gemeinderät*innen vor den Neugewählten entscheiden konnten, ob sie ihre Direktion behalten wollen oder nicht. Es wäre mehr als legitim gewesen, dies auch Herrn Feurer zuzugestehen. Bekanntlich hatte er sich sehr flexibel gezeigt und Interesse an allen Direktionen signalisiert, da sich seines Erachtens ein frischer Wind nach acht Jahren positiv auf eine Direktion auswirken kann. Aber jeglicher Wechsel wurde ihm verwehrt. Dieses Verhalten des neu gewählten Gemeinderates ist unverständlich und erschwert den Start als Kollegialbehörde in die neue Legislatur. Im «Bieler Tagblatt» wurde der Stadtpräsident wie folgt zitiert: «*Wenn wir vorwärts gemacht hätten, wäre das Anciennitätsprinzip in der neuen Stadtordnung verankert gewesen.*» Stellt sich die Frage, weshalb der Gemeinderat sich nicht freiwillig daran gehalten hat, da dies offenbar in seinem Sinne ist? Herr Beat Feurer ist eidg. dipl. Treuhänder und Immobilientreuhänder und verfügt über den Fachausweis als Immobilienverwalter mit mehrjähriger praktischer Erfahrung. Somit verfügt er über einen Wissens- sowie Erfahrungshintergrund zu ökonomische Fragen, die in der Baudirektion notwendig sind,

denn da geht es um viel Geld und nebst den politischen auch um ökonomische Prozesse und Fragen. Wir hoffen, Sie können unser Anliegen nachvollziehen und **verlangen eine geheime Abstimmung gemäss Art. 59 Abs. 4 GO (SGR 1.5.1-1)**.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Beim Hören des vorliegenden Antrages habe ich das Gefühl, es gehe um Macht und Einzelinteressen und darum, die Verantwortung für die sicher ansteigende Sozialhilfequote abzugeben. Das ist falsch, denn es geht weder um diese Sache noch um das «Anciennitätsprinzip». Die Sozialhilfequote wird kaum von der Direktion DSS beinflusst und das «Anciennitätsprinzip» ist ein alter Zopf. Die Verantwortung liegt bei uns Stadtratsmitgliedern, es geht nicht um die Sozialhilfequote, sondern um die wirtschaftlich schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft. Wenn wir heute im Stadtrat einen Entscheid treffen, geht es um unser Gewissen und nicht um das Interesse der Partei. Die Direktion Soziales und Sicherheit verdient es, eine/n Direktor*in zu haben, welche/r weiss, was Sache ist. Nicht nur die Direktion hat es nötig, sondern die ganze Stadt und ihre Einwohner*innen, wie das Frau Tennenbaum vorher in ihrem Votum erwähnte. Die Stellung der Direktion DSS wird in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen, denn die Menschen in Biel, denen es am wenigsten gut geht, geraten in zunehmend schwierigere Situationen. Drei Überlegungen dazu:

1. Muss bei jedem Entscheid, den der Stadtrat fällt, hinterfragt werden, ob die wirtschaftlich Schwächsten damit nicht noch schlechter gestellt werden. Geht es den Schwächsten unserer Gesellschaft schlechter, wenn wir den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen nicht unterstützen? Wenn es ihnen schlechter geht, weil Frau Frank Baudirektorin wird, dann muss diese die DSS übernehmen. Herr Leuenberger, Frau Epper, Herr Wiederkehr, denken Sie, es geht ihnen schlechter, wenn Frau Frank diese Direktion übernimmt? Et vous, Monsieur Waechter, qu'est-ce que vous en pensez? Si vous votez pour votre proposition, ce serait mieux pour les plus faibles? Kann ich meine Entscheidung mit gutem Gewissen treffen, wenn es sich um Sozialhilfe und die wirtschaftlich Schwächsten handelt?
2. Auch die Integrationspolitik in dieser Stadt hat einen Fortschritt verdient; die bisherige Direktion hat in dieser Hinsicht wenig bis gar nichts in die Wege geleitet. Je nachdem, in welchem Teil der Stadt wir wohnen, können wir es täglich miterleben. Mehr Partizipation und Integration sind nötig, entscheidend und wichtig. Wir Stadträt*innen können weiterhin nichts oder zu wenig unternehmen, so wie in den letzten acht Jahren. La population mérite une meilleure politique d'intégration. Puis-je concilier ma décision d'aujourd'hui avec ma conscience ou est-ce que je devrais dire, dans quatre ans, que j'ai agi selon mes intérêts et ma loyauté plutôt que selon ma conscience? Frau Frank, ich würde Sie bei der Integrationspolitik unterstützen, das verspreche ich. Sie können auf mich zählen, denn unter Ihrer Leitung würde diese einen Sprung nach vorne tun, das wissen wir alle.
3. Ich möchte noch das Thema der Fairness ansprechen. Wie bereits von Frau Tennenbaum erwähnt, geht es um Abläufe, Wartefristen bei den Verlängerungen der Aufenthaltsbewilligungen, die Arbeit der Gewerbepolizei (SIP), Abgrenzungen und Kompetenzen, Leben und Sicherheit von Menschen und deren faire Behandlung durch die Stadtverwaltung. Wie oft haben die Mitarbeitenden in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie guten Willens sind. Es fehlte jedoch die Person, die hier im Stadtrat die brennenden Themen aufnahm. Eine Verbesserung ist nur möglich, wenn das Direktorium hinter der Sache steht. Es geht um den Grundsatz der Fairness in der Behandlung aller Bewohner*innen dieser Stadt. Die heutige Abstimmung über die Direktionszuteilung ist eine Gewissenssache. Der Stadtrat wählt den Gemeinderat nicht, aber wir sind in der Verantwortung, wenn wir Interessen und Macht vor die Bedürfnisse der Menschen stellen. In der Kommission KSB wie auch in der Vormundschafts- und Fürsorgekommission habe ich sehr viel gelernt, zudem habe ich die Ausbildung der Berner Fachhochschule für Sozialbehörden absolviert. Ich weiss, wovon ich spreche. Diese Verantwortung ist

eine der wenigen Staatsaufgaben, welche die Freisinnigen seit Anbeginn für den Staat vorsehen und wir alle tragen dafür Verantwortung. Die Fraktion FDP bittet die Stadtratsmitglieder, Frau Frank die Leitung der Direktion Soziales und Sicherheit zu übertragen. Tun wir etwas Gutes, stimmen wir für Gerechtigkeit und Fairness! Sie ist die richtige Person für diese Aufgabe.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Entscheid des Gemeinderats bezüglich der Zuteilung der Direktionen. Nach der Wahl von zwei neuen Gemeinderätinnen ist es sinnvoll, dass die bisherigen Gemeinderatsmitglieder in ihren Direktionen für Kontinuität sorgen. Sowohl dem Änderungsantrag als auch den Medien ist zu entnehmen, dass vier Gemeinderatsmitglieder mit der Zuteilung zufrieden sind und einzig Herr Feurer von der DSS zur BEU wechseln möchte. Seinem Interview in den Medien nach wäre es für ihn aber auch keine Katastrophe, in der DSS zu bleiben, da er gerne mit seinem Team arbeitet; er ist also "nur" halb unzufrieden. Einen Wechsel vorzunehmen, nur weil etwas Neues interessanter ist, macht keinen Sinn. Nach geltender Stadtordnung (Art. 40 Abs. 1 Bst. e; SGR 1.0-1) hat der Stadtrat die Aufgabe, die Zuteilung der Gemeinderatsmitglieder zu den Direktionen und deren Stellvertretungen zu beschliessen. In der Stadtordnung steht nichts von «Anciennitätsprinzip» oder Vorgehen bei «Lust auf Wechsel». Der Stadtrat muss das Ganze im Blick behalten - und viereinhalb von fünf Gemeinderatsmitglieder sind zufrieden. Da im Gemeinderat nicht immer eine Einigung erzielt werden kann, ist diese Debatte wichtig, und der Stadtrat hat bei Uneinigkeit im Gemeinderat das letzte Wort. Da wir wollen, dass es auch in der Baudirektion vorwärtsgeht, wählen wir natürlich für die BEU Frau Frank, unterstützen damit den Antrag des Gemeinderats und lehnen den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ab.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Herr Cadetg hat uns zum Teil namentlich dazu aufgefordert, direkt auf seine Fragen zu antworten. Ich finde deshalb auch, dass in der Abstimmung jede/r Einzelne seine Meinung frei äussern sollte und **verlangen eine Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 59 Abs. 3 GO (SGR 1.5.1-1)**, da die Zuteilung der Direktionen eine zentrale Frage für die nächste Legislatur ist.

Zum Votum von Herrn Cadetg: das Problem ist, dass wir immer wieder erlebt haben, dass Herr Feurer das Kollegialitätsprinzip grundsätzlich nicht respektiert. Er wird auch in Zukunft versuchen, eine Politik durchzusetzen, welche nicht der Mehrheit des Gemeinderats entspricht und da spielt es keine Rolle, welcher Direktion er vorsteht. Das ist die Politik seiner Partei, der SVP. Wie wäre die Situation, falls Herr Feurer der Direktion Bau, Energie und Umwelt vorstehen würde, weil es wichtig ist, dass andere Ideen in die Direktion eingebracht werden und für frischen Wind sorgen? Der angekündigte frische Wind wäre mit Herrn Feurer vor allem mehr CO_2-Ausstoss. Wir brauchen in der Direktion BEU keine neuen Ansätze, sondern wollen die in den letzten Jahren aufgebaute Politik für eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik fortführen. Ausserdem müssen wir in den nächsten Jahren die Empfehlungen aus dem Dialogprozess A5-Westast umsetzen und für diese konkreten Bauprojekte ist die BEU zuständig. Die SVP hat an der letzten Sitzung in der alten Legislatur bekannt gegeben, dass sie die Empfehlungen des Dialogprozesses bekämpfen wird. Es darf nicht sein, dass gerade die für die Umsetzung der Empfehlungen zuständige Direktion von jemandem geleitet wird, dessen Partei die Empfehlungen nicht unterstützt. Damit würden die letzten zwei Jahre Arbeit in diesem Bereich zunichtegemacht. Ich verstehe die Argumente von Herrn Cadetg, aber die von ihm angesprochenen Probleme werden mit dem Wechsel von Herrn Feurer in die Baudirektion nicht gelöst. Falls Herr Feurer nicht zufrieden ist mit der Direktionszuteilung, hat er die Möglichkeit, sein Amt niederzulegen und zurückzutreten.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Selon le Règlement de la Ville (art. 40 al. 1 let. e; RDCo 1.0-1), la répartition des directions revient au Conseil de ville. C'est un vestige du passé qu'il serait raisonnable de changer avec la révision dudit règlement. Sur le fond, le Groupe PRR ne s'oppose pas à la répartition des directions selon la proposition du Conseil municipal. Tous les membres du Conseil municipal ont été élus par le Peuple, peu importe leur formation et expérience professionnelle. Ils ont la légitimité de diriger l'une ou l'autre des directions. Ce n'est pas à nous parlementaires de se prononcer sur la qualité des membres du Conseil municipal, ni sur leurs aptitudes à diriger une direction, même si nous avons certaines idées. Nous sommes en démocratie et non dans une entreprise. Les membres du Conseil municipal devront rendre des comptes au Peuple dans quatre ans et non à nous, ce soir. Durant ma formation, j'ai retenu que les institutions sont plus importantes que les décisions. Le Groupe PRR a également à coeur le respect de la démocratie et du bon fonctionnement de ses institutions.

D'abord favorables à cette idée du «principe de l'ancienneté», notre groupe s'est plongé dans la base légale et la coutume. Nous n'avons rien trouvé dans les règlements. Nous avons aussi remarqué que, dans le passé, le «principe de l'ancienneté» n'a pas été appliqué à Bienne. L'argument de «l'ancienneté», évoqué par le Groupe UDC/Les Confédérés, n'a donc malheureusement pas lieu d'être. Maintenant, vient le jeu politique. Le Groupe Les Verts veut que Madame Frank continue la politique de Madame Schwickert et nous l'entendons. Par contre, le Conseil municipal doit représenter tout le Peuple et non seulement le courant vert. La protection du climat est importante, mais nous attendons également que le travail de base, c'est à dire la rénovation des écoles et autres infrastructures, se fasse en considérant la réalité difficile des finances de la Ville. À côté du climat, qui est une chose sérieuse cette année et les années suivantes, ma plus grande crainte est la récession économique. Avec les résultats annoncés, une baisse massive des rentrées fiscales et un accroissement des besoins de l'aide sociale se profile. Tout membre du Conseil municipal devra en être conscient et en tenir compte. Le Groupe PRR tient à jouer son rôle de tampon entre la droite dure et les élans de la nouvelle majorité de gauche et ne veut pas entrer dans la polarisation. C'est pourquoi les membres du Groupe PRR voteront selon leur coeur.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Unsere Fraktion hat die Zuteilung der Direktionen aus zwei Perspektiven betrachtet: Zum einen ist die vorliegende Direktionszuteilung des Gemeinderates logisch und eine kontinuierliche Fortsetzung des Bisherigen. Neugewählte treten in die Fussstapfen ihrer Vorgänger*innen. Aus parteipolitischer Sicht und aufgrund des persönlichen Hintergrunds der Neugewählten ist die Zuteilung nachvollziehbar und gewissermassen das Abbild der politischen Mehrheitsverhältnisse Biels. Andererseits diskutierte auch unsere Fraktion über eine grössere Rochade, um bestehende Strukturen aufzubrechen, Bewegung hineinzubringen und Bisheriges neu zu überdenken. Das könnte zu einer gewissen Dynamik führen und unserer Stadt neuen Schwung verleihen. Die schwelenden Konflikte in einzelnen Direktionen bestehen schon lange und es wurden viele Vorstösse dazu eingereicht. Gerade diesbezüglich könnte ein Direktoriumswechsel für Bewegung sorgen. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, dass Herr Feurer nach acht Jahren eine neue Herausforderung sucht und es ist schade, dass der Gemeinderat keine für alle zufriedenstellende Lösung finden konnte. Eigentlich sollte die Direktionszuteilung an den Gemeinderat zurückgewiesen werden verbunden mit dem Auftrag, er solle seine Hausaufgaben erledigen. Letztendlich ist es für unsere Fraktion aber nicht möglich, den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen und die Rochade von Herrn Feurer in die Direktion BEU zu unterstützen. Für die Leitung der BEU wäre die Positionierung einer Person mit Finanz- und Kostenbewusstsein sicher auch sinnvoll. Nur sind der BEU

auch die Bereiche Energie und Umwelt angegliedert und das sind zentrale Themen, deren Bedeutung in Zukunft zunehmen wird. Unsere Fraktion will diese nicht an einen «SVPler» abgeben, auf dessen Blog an zweiter Stelle ein grosses Fragezeichen hinter dem Klimawandel steht. Auch die Verkehrspolitik und deren direkte Umsetzung ist dieser Direktion zugeteilt - damit ist für uns ganz klar Frau Frank die geeignetere Person für die Leitung.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: J'avoue que je suis tout de même un peu étonné par la proposition du Groupe UDC/Les Confédérés. Je tiens à rappeler qu'en septembre 2020, que cela nous plaise ou pas, les urnes ont livré un verdict clair. D'une part, la Gauche a maintenu sa majorité au Conseil municipal, et d'autre part, elle l'a légèrement renforcée au Conseil de ville. C'est un fait qu'il faut respecter. N'oublions pas non plus, qu'à la fin de la précédente législature, au terme d'un débat qui était vif et un des plus émotionnel et important que nous ayons eu ces dernières années, nous avons approuvé le Règlement sur la protection du climat de la Ville de Bienne (RDCo 8.2-5). Ce dernier, qu'on le veuille ou non et même en cette période compliquée de tous points de vue, a une portée contraignante que l'on ne peut pas nier. Le département qui est le plus concerné pour mettre en oeuvre ce règlement est le Département des infrastructures. Je ne vois pas où est le problème. En effet, la Gauche reste majoritaire au Conseil municipal et c'est elle qui, en grande partie, a voulu ce règlement. Il me semble donc logique d'approuver la proposition faite par le Conseil municipal sur cette répartition des dicastères. Toutefois, j'attends que le Conseil municipal, quelles que soient les décisions à prendre, respecte le principe de la collégialité. Il ne faut pas oublier non plus notre rôle de parlementaire, qui ne doit pas devenir godillot. En effet, si des décisions dogmatiques sont prises dans le domaine des transports et de la mobilité, il faudra les combattre, ici, au Parlement ou utiliser les autres outils démocratiques à disposition.

Zumstein Joël, SVP: Zu Beginn dieser Debatte hat Herr Cadetg angemerkt, dass es weder um Sozialhilfequote, Macht oder parteipolitische Ideologien oder Ideen geht. In den letzten paar Voten wurden jedoch genau diese Argumente als erstes erwähnt. Es geht um die Besetzung einer Führungsposition und die Verantwortung für eine Organisationseinheit bzw. eine Direktion. Wir sprechen von der Führungsverantwortung eines Direktoriums, organisatorische Prozesse und Abläufe mit Unterstützung der verantwortlichen Teams sowie der Verpflichtung gesetzliche Vorgaben und Rahmenbedingungen umzusetzen. Innerhalb der Vorgaben bestehen Spielräume, die es optimal auszugestalten gilt, um die Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen effizient, kostensparend, zielführend und in bestmöglicher Qualität gewährleisten zu können. Herr Feurer hat offen und ehrlich kommuniziert, dass er seine Energie einer anderen Direktion zur Verfügung zu stellen wünscht. Wir sollten dies wertschätzen und unterstützen - oder zumindest überlegen, wie wir ihm dies ermöglichen könnten. Seine intrinsische Motivation, sein Feuer und Elan sich in eine andere Direktion einzubringen, ist äusserst wertvoll. Nutzen wir dieses Potenzial und lassen wir es sich in der Direktion BEU entfalten. Herr Scheuss, ich kann Ihnen versprechen, dass er nicht für einen Anstieg des CO_2-Ausstosses sorgen wird, sondern eher dafür, dass die BEU eine Veränderung erleben wird, die zu einer Verbesserung führt. Denn wenn in einem System das Bestehende zu lange nicht hinterfragt und immer auf dieselbe Weise weitergeführt wird, führt dies zu Betriebsblindheit. Eine neue Person an der Spitze mit einem anderen Führungsverständnis ist wertvoll und kann zu neuen Inputs führen. Es ist schade und tendenziös, ihr dies aufgrund von politischen Ängsten zu verweigern. Springen Sie über Ihren Schatten und nützen Sie die Neuwahlen für eine positive Veränderung der Verwaltung der Stadt Biel.

Francescutto Luca, UDC: Je souhaite intervenir sur ce sujet pas dans la peau du politicien, mais plutôt dans celle de celui qui a suivi l'actualité politique au travers des différents journaux pendant quatre ans. Je peux dire que durant les deux legislatures passées, le Directeur de l'action sociale et de la sécurité (ASS) a subi les attaques de la gauche politique sans aucune mesure. Il y a tellement eu de critiques que je ne pourrais pas toutes les citer. Certaines personnes, en panne d'idées et résolues à l'idée de chasser le directeur de son poste, ont décidé de chapeauter son travail en lui attribuant une «commission de contrôle». Il a tenu bon et, mieux que cela, il a été réélu avec brio. On peut donc penser que la population biennoise est très contente de son travail. Maintenant que ses détracteurs auraient la possibilité légale de lui retirer l'ASS, Monsieur Feurer choisit de reprendre une autre direction. On dit d'ailleurs, au niveau professionnel, qu'il faudrait toujours changer de direction après dix ans. Il faut donc m'expliquer pourquoi, après toutes ces années à essayer de le faire partir, vous souhaitez qu'il reste à la tête de cette direction? Je me demande, étant donné que cette direction est la plus complexe à gérer, si cela va arranger certaines personnes qu'un UDC se plante... Pour moi, ce qui se passe est intolérable. C'est vous, la Gauche, qui parlez de collégialité au sein du Conseil municipal? J'espère que, si la situation reste comme elle est aujourd'hui, Monsieur Feurer appliquera cette collégialité avec parcimonie.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Es wurden viele Überlegungen angestellt, die wir uns als entscheidendes Organ inhaltlich machen müssen. Als ich den Antrag der SVP/Die Eidgenossen heute Abend hörte, war ich entsetzt. Es ist nicht mein erster Legislaturbeginn im Stadtrat und es gab noch nie einen solchen Antrag. Anlässlich der Fraktionssitzung hatte ich noch angemerkt, dass der Antrag des Gemeinderats stimmig ist und wir nichts dazu anmerken müssen. Leider kam der Änderungsantrag überraschend und die Zeit war für die Fraktion zu knapp, uns darüber Gedanken machen zu können. Diese Situation ist enttäuschend und es werden wohl keine Gewinner*innen daraus hervorgehen. Es ist bedauerlich, dass sich der Gemeinderat nicht einigen konnte und ich wünsche ihm für die Zukunft eine bessere Zusammenarbeit.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Herr Briechle sagte eben, dass wir das Geschäft eigentlich an den Gemeinderat zurückweisen sollten, damit dieser einen konsolidierten Vorschlag ausarbeitet. Ich bin mit der momentanen Situation auch nicht glücklich. Ich habe Verständnis dafür, dass Herr Feurer die Direktion wechseln möchte - das würde ich wohl auch, wenn immer Kritik auf mich einprasseln würde... Damit muss er jedoch umgehen können und bei Bedarf auch Anpassungen vornehmen. Für mich ist nicht klar, weshalb seine Wahl auf die BEU gefallen ist; als kompetenter Finanzfachmann und Treuhänder wäre ja auch die Finanzdirektion eine Option gewesen. In der momentanen Situation ist jedoch in der BEU ein Wechsel der geltenden Politik nicht angesagt. Ich kann den Antrag nicht unterstützen, auch wenn ich Herrn Feurer verstehe und mir für die Leitung der DSS eine andere Person wünschen würde...

Iseli Isabelle, au nom du Groupe Les Verts: Je ne pensais pas prendre la parole sur cet objet. Toutefois, je suis étonnée de constater que l'on parle du fond, mais pas beaucoup de la forme. Le Conseil de ville discute d'une proposition de répartition des directions, qui a finalement déjà été discutée puis décidée entre nos cinq membres du Conseil municipal élus. Il s'agit d'une discussion entre adultes libres et responsables, si vous me permettez de reprendre le slogan d'un autre parti politique. Je considère donc que ce n'est pas au Parlement de juger le fond de l'affaire et de remettre en question leur choix. Je vous invite à ne pas soutenir la proposition d'amendement du Groupe UDC/Les Confédérés.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Herr Cadetg, Ihr Votum zu Beginn der Debatte war ein schönes Plädoyer für die sozial Schwachen, die Sozialhilfebezüger*innen und die soziale Gerechtigkeit. Es wäre schön, wenn Sie nicht nur so sprechen, sondern auch entsprechend handeln und mit uns Druck auf Herrn Feurer für eine sozialere Politik in dieser Stadt machen würden. Das Bieler Stimmvolk hat im September gewählt und sich klar für ein ökologischeres Biel ausgesprochen. Dies gilt es nun umzusetzen. Eine Annahme des Antrags der SVP/Die Eidgenossen liefe dem zuwider, weshalb ich ihn ablehne. Die Bevölkerung soll wissen, wer sich wie entschieden hat, weshalb auch ich eine Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 59 Abs. 3 GO (SGR 1.5.1-1) verlange.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Zu Beginn will ich ein paar Dinge richtigstellen. Sie haben einen Antrag des Gemeinderats sowie einen Änderungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen auf Ihren Tischen. Die Diskussion wurde aber so geführt, als ob ein Antrag von Herrn Feurer aufliegen würde. Das ist falsch. Wir sprechen von einem Antrag des Gemeinderates, welcher von einem Änderungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen bestritten wird. Offenbar wird dieser Änderungsantrag vom deutschsprachigen Freisinn unterstützt. Für Ihre Kritik am Gemeinderat habe ich nicht viel Verständnis, Herr Briechle und Frau Tennenbaum. Der Gemeinderat hat nach allen Regeln der Kunst eine Aussprache geführt, verschiedene Argumente bewertet und diverse Aspekte in seine Überlegungen einbezogen. Nun unterbreitet er Ihnen einen Antrag im Namen des Gesamtgemeinderates. Wenn Sie davon ausgehen, dass der Gemeinderat sich nicht nur auf einen Vorschlag einigen sollte, sondern dass darüber hinaus auch noch alle fünf Gemeinderatsmitglieder glücklich damit sein müssten, dann fragt sich, weshalb in dieser Frage noch die Entscheidkompetenz des Stadtrats bemüht werden muss! Sie haben von Rückweisung und neuen Lösungen gesprochen. Stellen Sie sich vor, der Gemeinderat findet eine Lösung, welche für ihn absolut konsensual ist, aber den politischen Mehrheiten und den politischen Wünschen in diesem Plenum völlig widerspricht... Es wurden Erwartungen und Wünsche geäussert, die ich nicht nachvollziehen kann und die keinen Sinn ergeben. Es ist nicht verboten, Überlegungen über einen Wechsel anzustellen, aber es ist eine Tatsache, dass der Stadtpräsident seit acht Jahren keine Fachdirektion mehr führt und somit nur noch vier Direktionen zu Auswahl stehen. Damit gibt es auch weniger Möglichkeiten, eine allseits befriedigende Lösung zu finden. Die «Anciennität» spielt im Gemeinderat beim Vorbereiten der Vorschläge und bei der Anhörung der Bedürfnisse der einzelnen Mitglieder eine Rolle, das ist klar. Ein wirksames «Anciennitätsprinzip» setzt aber eine abschliessende Entscheidungsfindung auf Stufe Gemeinderat voraus, ist aber auch in diesem Fall nie sakrosankt. Auch Adolf Ogi wechselte nicht aufgrund des «Anciennitätsprinzips» vom EVED ins EMD, sondern weil er damit zusätzlich das BASPO erhielt. Die Geschichte des Stadtrates in Bezug auf die Direktionszuteilungen zeigt, dass Sie nach Treu und Glauben entscheiden sollen. Vor genau 24 Jahren, an meiner ersten Stadtratssitzung, fand auch eine umstrittene Direktionszuteilung statt! Damals entschied der Stadtrat entgegen des Antrags des Gemeinderates, dass Herr Scherrer die Baudirektion an Herrn Haag abgeben und die Polizeidirektion übernehmen muss. Damals wollte der Stadtrat, dass ein bisheriger Gemeinderat seine Direktion abgibt. Die heutige Situation ist aber eine andere. 1985 fiel gar eine noch krassere Entscheidung, die auch aufzeigt, dass die Zuteilung der Direktionen eine politische Angelegenheit ist. 1984 kandidierte Herr Haller als Gemeinderat mit dem auch damals nicht üblichen Anspruch, Baudirektor zu werden. Er wurde gewählt. Die SP hatte mit 5 Gemeinderäten ihre Mehrheit im Gemeinderat verteidigt, aber der Stadtrat kippte auf die bürgerliche Seite. Der Gemeinderat beantragte daher, dass Herr Arnold Baudirektor bleibt. Der bürgerliche Stadtrat wählte jedoch Herrn Haller (und dem «Anciennitätsprinzip» zum Trotz) als neuen Baudirektor. Es wurde gesagt, die aktuelle Situation im Gemeinderat sei ein schlechtes Vorzeichen für die Aufrechterhaltung des Kollegialitätsprinzips. Ich finde

das nicht, denn eine Debatte ist immer erlaubt, sogar nötig. Wären allein sachliche Argumente massgebend, hätte es im Gemeinderat noch andere Zuteilungen geben können. Schlussendlich war der Gemeinderat aber von seinem Vorschlag überzeugt und vertritt die Auffassung, dass dieser auch dem Stadtrat und der politischen Mehrheit entspricht. Deshalb empfehle ich Ihnen, den gemeinrätlichen Antrag anzunehmen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich will eine kurze persönliche Erklärung abgeben. Natürlich war ich nach dem Verlauf der Diskussion um die Zuteilung der Direktionen enttäuscht und finde, dass dies kein guter Start ist für ein neues Kollegium. Das ist aber meine persönliche Beurteilung. Auf Anfrage des Journalisten zu diesem Thema habe ich konkret meine beiden Kolleginnen angegriffen und als nicht flexibel bezeichnet. Das war eine Reaktion auf meine Enttäuschung. Es hätte genügt, zu kommunizieren, dass ich flexibel bin und einen Direktionswechsel gewünscht hätte - auch das wäre eine klare Botschaft gewesen. Ich entschuldige mich bei meinen beiden Kolleginnen für meinen persönlichen Angriff. Da es eine öffentliche Anschuldigung war, bringe ich dies heute persönlich vor. Der Gemeinderat hat mich nicht dazu aufgefordert, mich zu entschuldigen, war aber darüber informiert. Zum Thema Direktionswechsel gibt es verschiedene Überlegungen. Die einen bleiben in dem Amt, in welchem sie sich wohl fühlen, das Team kennen und eine gute Zusammenarbeit besteht. Das kann alles aber auch dazu führen, dass Gewohnheiten und Kulturen entstehen, die nicht unbedingt immer gut für die Stadt sind. Sollten nicht vielmehr neue Überlegungen einfliessen und neue Inputs von neuen Führungskraften erfolgen? Ich danke dem Stadtrat für die interessante Debatte, welche ich mit Spannung verfolgt habe.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Es stehen sich nun zwei Anliegen gegenüber: Die Fraktion SVP/DE verlangt eine geheime Abstimmung gemäss Art. 59 Abs. 4 und die Grünen sowie die SP/JUSO eine Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 59 Abs. 3 GO. *(Unruhe im Saal)* Beide bedingen die Unterstützung von 15 Stadtratsmitgliedern. Stehen sich beide Begehren als Anträge gegenüber, gilt Art. 59 Abs. 5 GO. Ich stelle daher diese beiden Anliegen einander gegenüber.

Abstimmung

- Gegenüberstellung des Anliegens der Fraktion SVP/Die Eidgenossen auf geheime Abstimmung und des Anliegens der Fraktionen Grüne und SP/JUSO auf Abstimmung unter Namensaufruf

Das Anliegen der Fraktionen Grüne und SP/JUSO obsiegt mit 30 JA- zu 25 NEIN-Stimmen bei 0 Enthaltungen gegenüber dem Anliegen der Fraktion SVP/Die Eidgenossen.

Abstimmung

		JA	NEIN	ENTH
PSR	Akamba Fréderica		X	
PAS	Augsburger-Brom Dana		X	
FDP	Bohnenblust Peter	X		
PRR	Bord Pascal			X
GLP	Briechle Dennis		X	
FDP	Cadetg Leonhard	X		
SP	Clauss Susanne		X	
JUSO	Cuixeres Manon		X	
Grüne	De Maddalena Daniela		X	
Grüne	Epper Bettina		X	
UDC	Francescutto Luca	X		
GLP	Gurtner-Oesch Sandra		X	
PdA	Halter Marisa		X	
Centre	Hamdaoui Mohamed		X	
PdA	Heiniger Peter		X	
Grüne	Iseli Isabelle		X	
PSR	Kilezi Ruth		X	
SP	Kohler Silja		X	
SP	Koller Levin		X	
GLP	Lehmann Caroline		**X**	
FDP	Leuenberger Bernhard	**X**		
PEV	Liechti Kathleen		X	
Grüne	Loderer Benedikt		X	
PSR	Moeschler Marie		X	
EVP	Molina Franziska		X	
SVP	Morandi Marcel	X		
PRR	Paronitti Maurice		X	
PRR	Pittet Natasha			X
PSR	Rebetez Maurice		X	
DE	Rindlisbacher Hugo	X		
UDC	Rochat Julien	X		
Les Verts	Roth Myriam		X	
Grüne	Rüber Stefan		X	
PVL	Schaffter Gaël		X	
SVP	Scherrer Jürg	X		
Grüne	Scheuss Urs		X	
JUSO	Schlup Nina		X	

SVP	Schneider Sandra	X		
SVP	Schneider Veronika	X		
EDU	Schor Alfred	X		
PAS	Sprenger Titus		X	
SP	Steinmann Alfred		X	
PSR	Stolz Joseline		X	
JUSO	Strobel Gianna		X	
PRR	Suter Daniel	X		
FDP	Sutter Andreas	X		
SP	Tanner Anna		X	
PAS	Tennenbaum Ruth		X	
Les Verts	Tonon Ariane		X	
PSR	Torriani Latscha Isabelle		X	
JUSO	Trafelet Salome		X	
Grüne	van der Meer Marion		X	
Les Verts	Vouillamoz Naomi		X	
UDC	Wächter Olivier	X		
FDP	Wendling Cécile		X	
UDC	Widmer Patrick	X		
SP	Wiederkehr Martin		X	
SVP	Zumstein Joël	X		
	Gesamtergebnis	**16**	**40**	**2**

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 02.12.2020 gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. e der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **beschliesst**:

1. Den fünf Mitgliedern des Gemeinderates werden für die Amtsdauer 2021-2024 die folgenden Direktionen gemäss Artikel 56 der Stadtordnung zugeteilt:

Direktion	Direktorin /Direktor	Stellvertretung
Präsidialdirektion	Erich Fehr	Silvia Steidle
Finanzdirektion	Silvia Steidle	Erich Fehr
Direktion Soziales und Sicherheit	Beat Feurer	Glenda Gonzalez Bassi
Direktion Bildung, Kultur und Sport	Glenda Gonzalez Bassi	Lena Frank
Direktion Bau, Energie und Umwelt	Lena Frank	Beat Feurer

2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

20. 20200327 Wahl des Beauftragten für Datenschutz Legislatur 2021 – 2024 und Nachkredit IT-Audit

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Wahl des Datenschutz-Beauftragten (Ziffer I des Beschlussesentwurfs) liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderates, Ziffer II (Nachkredit von CHF 33'000) jedoch schon. Der Gemeinderat wies bereits im Rahmen des Mitberichtserfahren darauf hin. Es ist befremdend, dass der Stadtrat im Oktober 2020 beim Sach- und Betriebsaufwand knapp CHF 2 Mio. gestrichen hat und sich nun in der ersten Januar-Sitzung des neuen Jahres hemmungslos einen Nachkredit von CHF 33'000 gewährt. Es geht nicht um die Notwendigkeit des Nachkredits, sondern um das Signal, welches Sie damit dem Gemeinderat und an die Verwaltung senden. Wenn der Wille fürs Sparen zählen soll, dann sollte der Stadtrat dies auch wollen und das, was er vom Gemeinderat verlangt, selber auch einhalten. Konkret müsste er die Kosten für das IT-Audit ohne Nachkredit mit anderen Mitteln finanzieren (kompensieren). Falls dies nicht gelingen würde, könnte er im Oktober einen Nachkredit verlangen ohne schon heute sein Konto aufzustocken!

Cadetg Leonhard, FDP: Es können nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Wir haben lange über das IT-Audit gesprochen und über die Gründe, weshalb es bisher noch nicht durchgeführt werden konnte. Das Audit ist notwendig und muss nun durchgeführt werden. Dass nicht alle über den Budgetentscheid glücklich sind, verstehe ich, nur ist der jetzt der falsche Moment, um darüber zu debattieren.

Scheuss Urs, Grüne: Ich möchte trotzdem auf die Schelte des Stadtpräsidenten reagieren, die sich an das Parlament der vorherigen Legislatur richtet. Jetzt besteht ein neues Parlament mit anderen Mehrheiten, welches anders und vielleicht auch besser entscheidet. Das aktuelle Parlament hätte wohl nicht denselben Entscheid wie das Parlement im Oktober 2020 getroffen.

Bord Pascal, vice-président: Le dossier a deux aspects. L'élection pour quatre ans du délégué à la protection des données ne paraît pas contestée, je ne vais donc pas m'attarder sur cet élément. Le deuxième aspect concerne une demande de crédit supplémentaire qui n'obtient pas d'opposition. Seul le Conseil municipal a émis certaines réserves. Je peux bien comprendre que le Conseil municipal n'ait pas aimé l'intervention du Parlement sur le dernier budget, mais ce n'est pas le sujet actuel. Le Bureau du Conseil de ville (BCV) doit vous présenter cette affaire car il a une très faible autonomie financière de 3'000 fr. par année. Les coûts pour l'audit dépassent donc la compétence financière du BCV. C'est pour cette raison qu'un crédit supplémentaire est demandé au Parlement avant de dépenser cette somme; c'est plus élégant que de demander un crédit supplémentaire plus tard. Sur le fond, je pense que tout le monde est conscient que cet audit d'un montant de 33'000 fr. est nécessaire. Je vous remercie de votre soutien.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel beschliesst nach Kenntnisnahme vom Bericht des Stadtratsbüros vom 1. Dezember 2020, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 lit. d Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) sowie Art. 10 Abs. 1 Datenschutzreglement vom 16. Mai 2013 (SGR 152.04):

1. Herr Philipp Possa lic. iur., Schwanengasse 5/7, 3001 Bern, wird unter Vorbehalt einer Änderung der massgeblichen kantonalen Datenschutzgrundlagen für die Legislatur 2021 – 2024 vom 1. Januar 2021 bis am 31. Dezember 2024 zum Beauftragten für den Datenschutz gewählt, im Rahmen eines Mandates von CHF 25'000.- pro Jahr inkl. Mehrwertsteuer. Hinzu kommt eine Ausgabenbefugnis von CHF 10'000 pro Jahr. Der Beauftragte für Datenschutz ist verpflichtet, für die Wahrnehmung seiner Aufgaben in beiden Amtssprachen der Stadt Biel besorgt zu sein.
2. In Ergänzung zu den laufenden Tätigkeiten des Datenschutzbeauftragten wird für ein externes IT-Audit ein Nachkredit für Konto 313200000.18000 von CHF 33'000 bewilligt. Das Audit umfasst ein organisatorisches Audit sowie eine summarische technische Systemprüfung.
3. Mit dem Vollzug wird das Stadtratsbüro in Absprache mit dem Ratssekretariat beauftragt.

21. Motion 20190175, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Sprenger Titus, Passerelle, «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Seit knapp einem Jahr wurde die Diskussion über diese Motion verschoben, um die Ergebnisse aus dem Dialogprozess abzuwarten. Dies obwohl eine Konsultativabstimmung nur dann durchgeführt worden wäre, wenn kein Konsens erzielt worden wäre. Aufgrund der Pandemie hat der Dialogprozess länger gedauert. Dessen Ergebnisse sind inzwischen bekannt und ein ausführlicher Bericht wurde dazu publiziert. Erfreulicherweise besteht Einigkeit darüber, dass das Ausführungsprojekt nicht realisiert wird. Stattdessen wird ein Paket von kurz- und mittelfristigen Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren, welches sich auf den öffentlichen und Langsamverkehr bezieht, umgesetzt. Parallel dazu soll eine Lösung für die A5-Westumfahrung gefunden und der «Port-Tunnel» erstellt werden. Der Dialogprozess hat sich gelohnt und ist nun abgeschlossen. Nun beginnt eine neue Phase. Eine Konsultativabstimmung ist nicht mehr notwendig, wohl aber eine Würdigung des Dialogprozesses. Ich möchte deshalb erst nach der Debatte über einen Rückzug meiner Motion entscheiden. Denn falls der Dialogprozess nicht zu einem Konsens geführt hätte, wäre die Motion überwiesen und eine Konsultativabstimmung durchgeführt worden, wovor einige Kreise Angst hatten. Doch eigentlich liegt die Ursache des Konflikts um die A5-Westumfahrung ganz woanders, nämlich bei der Art und Weise, wie die Bevölkerung bei Planungsprozessen und -verfahren so grosser Projekte mit einschneidenden Auswirkungen einbezogen wird. Derzeit geschieht dies entweder völlig ungenügend oder gar nicht. Als Argument für die Vorgehensweise wurde immer gesagt, dass die Kompetenz für den Bau von Autobahnen beim Bund liegt. Der Widerstand in der Stadt Biel ist jedoch beispielhaft und hat deutlich gezeigt, dass ein Umdenken stattfinden muss. Erst dank dieses

Druckes wurde der Dialogprozess überhaupt möglich. Das bedeutet, dass bei der Erarbeitung einer neuen Autobahnlösung die Bevölkerung viel früher als bei der Auflage des «pfannenfertigen» Projekts einbezogen werden muss. Verwaltung und Exekutive bekunden noch vielfach Mühe mit echten partizipativen Prozessen. Die Stadt Biel und die betroffenen Gemeinden könnten nun innovativ als gutes Beispiel vorangehen. Catherine Duttweiler hat in ihrem letzten Artikel im «Das Magazin» aufgezeigt, was es dazu braucht. Damit keine Autobahn über die Köpfe der Betroffenen hinweg geplant und eine von der Mehrheit akzeptierte Lösung gefunden werden kann, sind partizipative Prozesse notwendig. Dies ist kein Wunsch, sondern ein Gebot der Stunde! Zur weiteren aktiven Umsetzung der Empfehlungen könnte uns der Gemeinderat über das Vorgehen für die Schliessung der Autobahnlücke und über die Massnahmen für den öffentlichen und Langsamverkehr und die Quartieraufwertungen informieren. Wir schliessen auch bei einem allfälligen Rückzug der Motion nicht aus, wieder eine Konsultativabstimmung über die sich neu abzeichnende Lösung der A5-Westumfahrung zu verlangen, das garantiere ich Ihnen bereits jetzt.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Wir bedanken uns für diesen wichtigen Vorstoss. Er ist wichtig im Hinblick auf ein weiteres grosses Projekt: die neue Stadtordnung. Zu Beginn der letzten Legislatur vor vier Jahren wurde das Ausführungsprojekt der A5-Westumfahrung aufgelegt. Im Herbst darauf kam es bereits zur ersten Demonstration und es erfolgte eine Umfrage dazu in den Medien. Danach folgten Einsprachen des VCS und Heimatsschutzes. Im Jahr 2018 nahm ein Vorstoss die Forderung der Bevölkerung nach einem Dialog auf (Dringliches Postulat 20180364, «A5-Westast Marsch-Halt, Dialog und Vergleich auf Grund der Verkehrszahlen») und legte die Grundlage für die Durchführung des Dialogprozesses. Der Druck stieg, es folgte eine zweite Demonstration und Ende 2018 erfolgte die Ankündigung der Behördendelgation, dass sie die Situation durch einen Dialogprozess deblockieren will. Es ist eigentlich fantastisch, was in diesen vier Jahren alles erarbeitet wurde. Am Anfang stand das Ausführungsprojekt und ein paar Jahre später ist dieses vom Tisch und der Dialogprozess beendet. Das gibt Hoffnung auch für andere Themen wie den Klimawandel. Klar war der Dialogprozess nicht einfach, es war ein Tauziehen mit unsicherem Ausgang. Dank einer lebendigen Bewegung, den Einsprachen des VCS und des Heimatschutzes sowie der Motion, welche eine Konsultativabstimmung verlangte, konnte der Druck aufrecht erhalten werden. Es ergab sich eine neue Chance für die Stadtentwicklung und die Zeichen heute stehen auf Neustart. Es geht nicht mehr um den Bau einer Autobahn, dem sich alles inklusive Stadtplanung unterordnen muss. Mir stellt sich im Zusammenhang mit der neuen Stadtordnung daher die Frage, wie dem Parlament ermöglicht werden soll, eine Konsultativabstimmung auch ohne Einverständnis des Gemeinderats durchzuführen?

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Es geht hier um einen Vorstoss, der die Durchführung einer Konsultativabstimmung verlangt, wenn ein Dialogprozess scheitert und kein Konsens gefunden wird. Frau Tennenbaum hat erwähnt, dass sie einen Rückzug in Erwägung zieht, was sie im Übrigen bereits hätte tun können. Die Ausführungen von Herrn Scheuss waren interessant, hatten aber nicht wirklich etwas mit dem Anliegen zu tun. Diejenigen, welche mehr über das Thema A5-Westumfahrung wissen wollen, können sich informieren, es gibt genug Dokumentationen. Im Dialogprozess wurde eine Lösung gefunden und ich hoffe, dass die linke Ratsseite dies auch wertschätzt. Ich bitte Frau Tennenbaum, die Motion zurückzuziehen, damit die Sitzung beendet werden kann.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat den Dialogprozess der N5 (die nur im Volksmund Westast A5 heisst) begrüsst. Diese Motion hat sicherlich geholfen, einen gewissen Druck aufzubauen, der hilfreich war für die erzielten

Kompromisse. Aber auch die 5'000 Demonstrant*innen haben Druck ausgeübt, dies darf nicht vergessen werden. In der Dialoggruppe herrschte grosse Einigkeit über die kurz- und mittelfristigen Massnahmen, welche der Bieler Bevölkerung wieder eine bessere Lebensqualität mit Flanierzonen und die Aufwertung der Fliessgewässer bietet. Der Fuss- und Veloverkehr wird aufgewertet - vielleicht ein wenig auf Kosten des motorisierten Verkehrs. Nach langem Hin und Her mussten wir bei den langfristigen Massnahmen um jeden Satz streiten, schlussendlich konnte aber ein Kompromiss gefunden werden. Mein Dank geht an die kompromissbereiten Mitglieder der Kern- und Dialoggruppe. Ich möchte auch erwähnen, dass der «Port-Tunnel» lediglich verkehrsberuhigend für Port und Nidau ist, die anderen Gemeinden von Nidau bis Ins müssen aber gemäss Kanton mit 50% Mehrverkehr rechnen. Wir gehen jedoch davon aus, dass der Schwerverkehr die neue Route nutzen wird. Es muss nun abgeklärt werden, welche der langfristigen Varianten in Frage kommt. Die Südvariante oder die Seeland-Tangente hätten zur Folge, dass der Tunnel nach links geführt werden müsste. Einiges ist noch offen, abgesehen vom Grundsatz, dass es keine Anschlüsse im Siedlungsgebiet geben darf. Dies wird nicht unsere letzte Debatte zu diesem Thema sein. Diese Motion hat ihren Zweck erfüllt und ich bin froh, dass sie eingereicht wurde.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Danke allen, die den Dialogprozess gewürdigt haben und zu einer Lösung respektive einem Kompromiss beigetragen haben. Hinsichtlich der fortgeschrittenen Stunde verzichte ich auf eine längere Würdigung, die ich im Übrigen in den letzten Monaten bereits in Zusammenhang mit anderen Vorstössen gemacht habe. Eine der Protagonistinnen (Catherine Duttweiler) hat am Samstag in ihrem Medienbeitrag aufgeführt, welche Erfolgsfaktoren für diesen Prozess ausschlaggebend waren. Alle Beteiligten gewichten diese anders, die Informationen liegen aber auf. Es ist wichtig, sich erneut über den Themenblock «Ex-Westast» bzw. über die kurz-, mittel- und langfristigen Lösungen und Massnahmen zu unterhalten, wenn der Gemeinderat Ihnen den entsprechenden Kreditantrag unterbreitet. Es kommt eine stärkere Verantwortung auf die Stadt Biel zu und auch auf mich persönlich, da ich die neue Behördendelegation leiten werde. Wir werden schon sehr bald dazu Kredite beantragen müssen. Zu diesem Zeitpunkt werde ich dann auch Ihre Fragen zur Projektorganisation beantworten können, Frau Tennenbaum. Das Kick-off-Meeting mit den anderen Beteiligten, nämlich den anderen Gemeinden, Seeland-Biel/Bienne und dem Kanton, hat noch nicht stattgefunden. Zu gegebener Zeit und im Rahmen der Kreditanträge werde ich dazu informieren können. Bei den kurz- und mittelfristigen Massnahmen ist Eile angesagt, weil sie in das Agglomerationsprogramm (4. Generation) integriert werden müssen; diese Arbeiten sind bereits im Gang. Noch ist nicht klar, wer im Partizipationsprozess kontinuierlich mitwirken wird. Nebst Fachberbänden müssen die Bürgerbewegungen noch für sich klären, welche Rolle sie einnehmen wollen. Unbestritten ist, dass für die Kernelemente und langfristigen Lösungen eine breite Partizipation wichtig ist. Es ist aber noch zu früh, jetzt festzulegen, mit welchen Instrumenten, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Mitwirkenden diese stattfinden wird; die neue Projektorganisation hat noch nicht einmal gestartet und ist erst auf Stufe der Verwaltung in Vorbereitung. Unbestritten ist aber die Erkenntnis aus dem Erfolg des Dialogprozesses oder aber des vorherigen Misserfolgs, nämlich dass eine Partizipation unabdingbar ist.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Danke für die Diskussion. Ich habe Verständnis für die heute noch nicht sehr konkreten Angaben des Stadtpräsidenten. Aber ich bin guter Hoffnung, dass der Stadtrat die Anträge für die partizipativen Prozesse und die Verbesserung der Lebensqualität gutheissen kann, damit über das Agglomerationsprogramm die notwendigen Mittel eingebracht werden können. Aufgrund der erhaltenen Zusicherungen und der Schlafenszeit für Herrn Cadetg **ziehe ich meine Motion hiermit zurück.**

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Somit ist die Diskussion geschlossen und ich beende die Sitzung. Ich wünsche eine gute Heimreise.

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 23:15 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Rita Flückiger

Nathalie Scheurer

Procès-verbal:

Claire-Lise Kirchhof

Floriane Pinto Bernardino